

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 277 · 24. JAHRGANG · AUSGABE 2/2018 VOM 13. FEBRUAR 2018 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Vier wollen
Landrat werden**
Unterstützung für Dr. Luthardt

7 | **Laßt uns die Zukunft –
den Wandel gestalten**
Gedanken von Dr. Sorgsam

14 | **Männer Dopke:
Salto aus dem Stand**
Geschichten von Dr. Steffen Peltsch

Waffenexporte verbieten!

Es ist ein schockierender Überfall. Türkische Truppen sind völkerrechtswidrig in Syrien eingedrungen. An vorderster Front: Leopard-2-Panzer aus Deutschland. Präsident Recep Tayyip Erdogan trägt den Krieg in eine der letzten Regionen Syriens, in der noch Frieden herrschte und die Kurden sich selbstverwalteten. Hunderttausende Flüchtlinge aus anderen Regionen Syriens suchen dort Schutz. Eine humanitäre Katastrophe. Zudem eskaliert der syrische Bürgerkrieg weiter. Erdogan kalkuliert knallhart: Der Krieg lenkt von innenpolitischen Problemen ab.

Bisher hält sich die Bundesregierung mit Kritik an Erdogans Angriffskrieg sehr zurück. Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) stellte sogar vor zwei Wochen noch der Türkei in Aussicht, genau jene Leo-Panzer nachzurüsten, die jetzt in Syrien töten.

Es gilt, ein klares Zeichen für den Frieden zu setzen – und den Export von Waffen an die Türkei grundsätzlich zu verbieten. Im Fall von Saudi-Arabien gelang das. Sämtliche Waffenlieferungen sind gestoppt. Die Ansage nach Riad: Solange ihr Krieg im Jemen führt, gibt es keine Waffen mehr. Jetzt braucht es genau die gleiche Ansage Richtung Ankara.

Ein entsprechender Online-Appell kann hier unterschrieben werden: www.campact.de/Waffen.
(campact)

Deutsche Panzer in Nordsyrien

Die Türkei startete am 20. Januar ihre Militäroperation »Olivenzweig« gegen die kurdische Region Afrin im Nordwesten von Syrien. Der Angriff zielt darauf ab, so der türkische Stabschef, die Ausbreitung der YPG-Miliz entlang der syrischen Grenze zur Türkei zu verhindern. Diese seien eine Bedrohung für die nationale Sicherheit der Türkei. Zuvor hatten die USA die Aufstellung einer 30.000 Mann starken kurdischen Grenztruppe verkündet. Zugleich gaben sie der Türkei offensichtlich »grünes Licht« für ihren Angriff auf den westlichsten der vier Kurden-Kantone in Nordsyrien.

Auch Rußland zog seine Beobachter aus Afrin zurück, womit die Türkei freie Bahn für ihre Aggression bekam. Allerdings hatte Rußland zuvor den Kurden vorgeschlagen, die Kontrolle der Grenze zur Türkei den syrischen und russischen Truppen zu übergeben. Das lehnte die kurdische YPG-Führung ab, wohl in der irrigen Hoffnung, die USA würde ihren Hauptverbündeten in der Region von dem geplanten Angriff abbringen. Doch die USA folgen eigenen Interessen. Das zeigte sich kürzlich im Irak. Als dort die Kurden ihre Unabhängigkeit vom irakischen Staat erklärten, ging die irakische Regierung sofort in die Offensive und eroberte große Teile der bis dahin von den Peschmergas kontrollierten Gebiete, einschließlich der Erdölmetropole Kirkuk, ohne daß die USA den zuvor hofierten Kurden halfen.

Der türkische Machthaber Erdogan setzt bei der Aggression gegen Afrin vor allem auf syrischen Hilfstruppen, der sogenannten Freien Syrischen Armee, ergänzt durch diverse djihadistische Milizen, die zuvor mit dem IS gegen syrische Regierungstruppen kämpften. Die türkischen Armee unterstützt den Angriff mit Luftangriffen, Artillerieschlägen und Panzern, darunter die aus der BRD gelieferten Leopard II. Als Demonstration enger Verbundenheit nimmt der türkische Ministerpräsident Binali Yildirim an der »Münchener Sicherheitskonferenz« teil, die vom 16. bis 18. Februar in der bayerischen Landeshauptstadt tagt. (gm)



Zeichnung: JURGEN GRAMZOW

Panzer gegen Selbstorganisation

Der Politikwissenschaftler Axel Gehring mit einer interessanten kurzen Analyse zu Afrin (Nordsyrien), die Beachtung finden sollte:

Bislang tendiere ich noch eher zur folgenden Analyse: Offensive tangiert scheinbar weder us-amerikanische noch russische Interessen. Und läßt so Fragen nach Definition derselbigen aufkommen. Die Antwort wird in beiden Fällen ähnlich ausfallen: Gute Beziehungen zum Hauptstaat der Südostflanke der NATO genießen eben Vorrang gegenüber guten Beziehungen zur kurdischen PYD.

Offen bleibt zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor allem, wie intensiv und wie weit die Offensive geführt werden wird. Für einen Großangriff auf Rojava zu Boden reichen die bislang zur Verfügung gestellten Mittel bei weitem nicht aus. Wohl aber, um die PYD erheblich unter Druck zu setzen. Mit fortschreitender Offensive können dann Rußland und die USA wieder Druck auf die Türkei ausüben, die Offensive doch bitte einzustellen. Dann haben sie einerseits dem lang gehegten türkischen Verlangen ein Stück nachgegeben; andererseits ihre Verhandlungsmacht gegenüber der PYD gestärkt, die sie beide versuchen, enger an sich zu binden. Imperiales Kräftegleichgewicht wird eben hin und wieder neu vermessen. Der Vermessungsvorgang heißt Krieg.

So weit so rational, so weit ist auch eine Entscheidung über das Schicksal des türkischen AKP-Regimes eher unwahrscheinlich, da es wohlmöglich seine Offensive gar nicht so weit durchführen darf, da es dadurch in existentielle Schwierigkeiten geriete.

von Karl Dietz gefunden auf <https://facebook.com/Kerem.schamberger> (vgl.: Die Revolution der »Habenichtse«. Rojava – Der dritte Weg. Von Heinz Weinhausen. BBP 1/2015, S. 12)

Zur aktuellen Situation

Über aktuelle Auseinandersetzungen zwischen Deutschen und Ausländern wird derzeit sehr stark diskutiert. Die Initiative »Runder Tisch – Willkommen in Eberswalde!« gab dazu folgende Erklärung ab:

Natürlich kommt es in Eberswalde, wie in anderen Orten, in denen Menschen (auch unterschiedlicher Herkunft) zusammenleben, zu Konflikten und Problemen, die keineswegs wegdiskutiert werden sollen, sondern klar benannt und angegangen werden müssen. Zu solchen Auseinandersetzungen kommt es meiner Ansicht nach aber in Eberswalde nicht häufiger als woanders, sondern sie sind zum Glück, wenn auch jeder einzelne Vorfall tragisch genug ist, eher die Ausnahme.

Denen, die aber von beiden Seiten zur Eskalation beitragen, müssen die Grenzen ganz klar mit allen Konsequenzen aufgezeigt werden, denn es gibt nun einmal »Spielregeln«, die im täglichen Miteinander einzuhalten sind. Das gilt für uns, die schon immer hier lebten gleichermaßen wie für die, die zu uns kommen.

Das Ziel ist doch: Die Eberswalderinnen und Eberswalder sollen gut miteinander zusammenleben können und sich in unserer Stadt wohlfühlen können. Was bei allen Problemen leider nur oft viel zu kurz kommt, ist, daß das Zusammenleben mit den meisten Menschen, die zu uns gekommen sind, auch ohne weitere Probleme funktioniert – die Herausforderungen in anderen Bereichen wie Kitaplätzen, Schule und Wohnraum liegen. Und damit hat die Stadt Eberswalde, die im Landkreis Barnim einen Großteil der Integrationsaufgabe schultert, gemeinsam mit ihren Einwohnern etwas Großes geleistet, worauf wir auch einmal stolz sein können.

Es ärgert mich, wenn das von Wenigen kaputt gemacht wird, da es am Ende allen schadet – leider auch denen, die sich einbringen und ihren Teil zum Gelingen des Zusammenlebens in unserer Stadt beitragen.

Im Allgemeinen gibt es leider noch an vielen Stellen mehr ein Nebeneinander als ein Miteinander. Hier wollen wir als Runder Tisch gemeinsam in Verbindung mit der Verwaltung und anderen Akteuren ansetzen und eben Begegnungsmöglichkeiten schaffen, die gegenseitiges Interesse wecken, natürliche Barrieren und Berührungspunkte auf allen Seiten abbauen und somit auch gegenseitiges Verständnis schaffen. Das kann auch nur durch beide Seiten gemeinsam gelingen, weshalb wir auch mehr noch die Flüchtlinge selbst in unsere Arbeit einbeziehen wollen – ja auch weiter in die Miterantwortung nehmen müssen. Hierzu wollen wir auf weitere Akteure und Selbstorganisationsstrukturen, die es punktuell gibt, zugehen. Die Aufgabe wird sich auch weiterhin stellen, denn auch wenn schon einiges erreicht wurde, bleibt auch weiterhin viel zu tun, um an einem guten Miteinander zu arbeiten.

STEFAN SCHMIEDEL,

»Runder Tisch - Willkommen in Eberswalde!«

Jetzt gilt's:

ZUSAMMEN stoppen wir die #GroKo!

Einigkeit macht stark. Zusammen können wir die GroKo verhindern und die Sozialdemokratie retten!

Der Koalitionsvertrag ist ausgehandelt. Bürgerversicherung? Familiennachzug? Abschaffung der sachgrundlosen Befristung? Nein. Schon wieder nur faule Kompromisse.

Noch mal GroKo und die AfD liegt bei der nächsten Bundestagswahl noch vor der SPD. Und an der obszuren Vermögens-Ungleichheit unserer Gesellschaft ändert sich wieder NICHTS – stattdessen 4 Jahre »Weiter so«.

Aber eine bessere Politik ist möglich – und eine bessere SPD auch.

Jetzt kommt das Mitgliedervotum und endlich hat die SPD-Basis das Sagen. Seit Beginn des Jahres sind unglaubliche 25.000 Interessierte der SPD beigetreten! Sie werden zur Entscheidung beitragen. Der Parteivorstand schaltet seinerseits panisch auf ProGroKo-Dauer-

werbesendung: Mail, WhatsApp, Facebook, SPD.de, Vorwärts ...

Man kann seinem Getrommel kaum entgegen. Dabei verstößt er unverfroren gegen den eigenen Parteitagbeschluss, der die Partei zu einer fairen Debatte verpflichtet.

Wir aber können dagegenhalten: ALLE GroKo-Gegner/innen sollten sich bei Noproko eintragen. NoGroKo liefert Dir und den Anderen Argumente und Musteranträge gegen die GroKo. NoGroKo hält Euch zu allen Regional-Konferenzen oder SPD-Events auf dem Laufenden. Und NoGroKo gibt Dir Tips, wie Du weitere Genossinnen und Genossen überzeugen kannst. Damit wir noch mehr werden – um gemeinsam unsere Sozialdemokratie zu retten.

Die Erneuerung beginnt JETZT. Wir sind die Vielen!

RINGO WRASE,
SPD Finow

Tarifverhandlungen am Klinikum Barnim

Eberswalde (ver.di). Am 1. Februar begannen am Werner Forßmann Krankenhaus in Eberswalde die Tarifverhandlungen für die rund 720 Beschäftigten des nichtärztlichen Personals. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) fordert eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um acht Prozent bezogen auf eine Laufzeit von 12 Monaten, die stufenweise Anpassung des Entgeltniveaus auf das des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) bis 2021 sowie eine Vorteilsregelung für ver.di-Mitglieder.

»Das Werner Forßmann-Krankenhaus steht sehr gut da und plant große Investitionen. Gleichzeitig liegt die Lohnschere zwischen der Bezahlung am Werner Forßmann-Krankenhaus und kommunalen Krankenhäusern im Öffentlichen Dienst

(TVöD-K) derzeit bei ca. 20 Prozent. Das ist nicht vermittelbar und nicht zu rechtfertigen. Die Beschäftigten erwarten daher deutliche und zügige Erhöhungen der Löhne und Gehälter und eine Perspektive, wann diese riesige Lohnschere geschlossen wird«, erklärt der ver.di-Verhandlungsführer Ivo Garbe.

Der Verhandlungsauftritt wurde mit einer Pausenaktion »Gemeinsam Herz zeigen für ein kräftiges Vergütungsplus« begleitet, an der mehr als 150 Beschäftigte teilnahmen.

ver.di sieht schwierigen Verhandlungen entgegen, da die Positionen von Gewerkschaft und Arbeitgeber noch sehr weit auseinanderliegen. ver.di erwartet für die nächste Verhandlungsrunde am 14. Februar 2018 ein verhandlungsfähiges Angebot.

Fraktionsbüro eröffnet

Die Fraktion Bündnis Eberswalde in der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde (ihr gehören neben dem Autor als zweites Mitglied Dr. Ilona Pischel an) ist ab sofort in ihrer neuen Geschäftsstelle in der Altenhofer Straße 83 für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar.

Jeden Montag in der Zeit von 16 bis 19 Uhr besteht die Gelegenheit, sich in einer Bürgergesprächsstunde mit Fragen und Problemen oder auch einfach nur zum konstruktiven Gedankenaustausch persönlich mit den Fraktionsmitgliedern zu beraten.

Sie erreichen die Fraktion auch zur individuellen Terminabsprache unter den Telefonnummern 01717677001 und 03334/429764 oder per eMail unter fraktion@bündnis-eberswalde.de.

VIKTOR JEDE,
Fraktionsvorsitzender

Hintergrund:

Ende Januar wurden vier Jugendliche aus Syrien festgenommen, die eine 14-jährige massiv beleidigt und deren Vater verprügelt hatten. Der Vater wollte die 19-jährigen zur Rede stellen, weil diese seine Tochter verbal belästigt hatten. Nach Erkenntnissen der Polizei schubste er dabei einen der Beteiligten, worauf er von den vier Jugendlichen mit Händen und Füßen geschlagen und getreten wurde, so daß er sich leichte Verletzungen zuzog. Eine Behandlung im Krankenhaus war nicht nötig.

In den sogenannten »sozialen Medien« brach daraufhin eine hitzige Diskussion los, die seitens der lokalen Tageszeitung als »Schlamm Schlacht« bezeichnet wird. Selbiger werde u.a. vorgeworfen, daß die Meldung über die Tat zu knapp ausgefallen sei. Dies sei für einige Kritiker ein Indiz, daß Größeres vertuscht werden solle.

Die Ungerechtigkeiten im Eberswalder Sport (Teil 2):

Fußball ist nicht alles

Für den Schul- und Vereinssport scheint den politisch Verantwortlichen in Stadt und Stadtverwaltung nichts zu teuer zu sein. Doch wenn man genauer hinschaut, werden Disproportionen sichtbar, wie im Teil 1 anhand mehrerer Beispiele dargelegt wurde. Schnell wird also deutlich, daß die Investitionen vorrangig einer bestimmten Sportler-Gruppe zugute kommen. Mit deutlichem Abstand zur Leichtathletik und zum Schulsport – und erst recht zum Individualsport – kommen die Vereins-Fußballer in den Genuß der Eberswalder Sportförderung.

Wer behauptet, dem wäre nicht so, sollte einfach mal die seit Jahren verstaubten Teppen anziehen und während der Trainingszeiten einen nicht benutzten Teil des Rasens betreten, um etwas knödeln. Alternativ könnte er auch mal nach einem Umkleidekabinenschlüssel fragen, um nach dem Joggen auf der Laufbahn duschen zu gehen oder bei den Vereinen anfragen, ob man das aus öffentlichen Mitteln finanzierte Vereinsheim mal für das Treffen der Läufergruppe XY nutzen kann – ohne Vereinsmitglied sein zu wollen oder Miete zu zahlen.

Da würde man wohl in jedem Falle einen Vogel gezeigt bekommen. Natürlich kann man den Vereinen, die als Träger die Sportanlagen nutzen, keine generellen Vorwürfe machen. Gut gepflegte Sportanlagen sind ein regionales Aushängeschild und auch wenn besonders die Rasenballspieler davon profitieren, so bleiben kleine Anteile für die weiteren Nutzergruppen.

Jedoch profitieren diese Gruppen eben nicht in dem Umfang von den gut gepflegten Anlagen, wie weitläufig behauptet. Die Schülerinnen und Schüler beispielsweise, welche zweifelsohne zu den Hauptnutzern gehören, haben viel weniger Anteil an der Nutzung als oftmals behauptet. Bedingt durch Ferien, schulfreie Zeit, Ausfallstunden, schlechtem Wetter und dem Winter dürfte der Durchschnittsschüler auf höchstens 20 Termine im Jahr kommen, in denen er auf den Außenanlagen der Vereine Sport betreibt. Je nach Stundenplan handelt es sich dann um 2 x 45 oder 3 x 45 Minuten, wobei von dieser Bruttozeit jeweils Zeit für den Weg zu den Sportanlagen und zurück zur Schule verloren geht, zuzüglich der Zeit für das Umziehen. Selbst bei drei Sportstunden, also 135 Minuten, bleiben so maximal 90 Minuten Zeit zum Sporttreiben. Der durchschnittliche Schulsportler kommt bei ca. 20 Sportwochen auf etwa 1.800 Minuten Gesamtnutzung, das sind 30 Stunden pro Jahr.

Demgegenüber nutzt der Amateursportler, in diesem Betrachtungsfall der Amateurfußballer, die Anlage etwa 40 Wochen im Jahr. Bei durchschnittlich zwei wöchentlichen Trainingseinheiten zu je 90 Minuten sowie mindestens 10 Heimspielen in der Saison mit jeweils etwa 120 Minuten kommt der Amateurfußballer auf etwa 9.600 Minuten Nutzungsdauer, also 160 Stunden, pro Jahr.

Bei drei Trainingseinheiten pro Woche und 15 Heimspielen steigt die Nutzungsdauer des Vereinssportlers auf 12.600 Minuten, also 210 Stunden. Das ist die siebenfache Nutzungszeit gegenüber dem Schulsportler.

Selbstverständlich werden auch andere Sportarten durch Investitionen und eine nicht immer sofort erkennbare Subvention unterstützt. Auch die Hallensportler, wie Hand-, Basket- oder Volleyballer, verursachen mit ihrer Hallennutzung deutlich mehr Kosten als sie durch die erhobene Nutzungsgebühr einbringen. Besonders kostenaufwendig dürften wohl die Schwimmer sein.

All diese Sportler haben jedoch eines gemeinsam: Sie teilen sich ihre Sport- und Wettkampfstätten mit vielen Nutzergruppen und sind meist auf mehreren Sportanlagen beheimatet, die man sich in den Wintermonaten zusätzlich mit den Großfeldsportvereinen teilt.

An diesem Punkt bleibt die Frage offen, mit wieviel Geld pro Kopf der Großfeldsportler jährlich durch die öffentliche Hand subventioniert wird. Diese Frage ist nicht leicht zu beantworten.

Nimmt man die auf zunächst 14 Jahre befristete jährliche Förderung von 24.000 Euro für Stahl Finow und teilt die einmalige Mitgift von 40.000 Euro auf die 14 Jahre auf, so errechnet sich eine Jahresförderung von etwa 27.000 Euro. Teilt man diese Subvention auf die rund 200 Vereinsmitglieder auf, so kommt man auf eine jährliche Pro-Kopf-Subvention von rund 135 Euro.

Nehmen wir als anderes Beispiel die Fünf-Million-Investition in der Waldsportanlage und unterstellen 1.000 unterschiedliche Nutzer pro Jahr sowie eine Abschreibungsfrist von 20 Jahren, errechnet sich eine Pro-Kopf-Subvention von 250 Euro je Sportler und Jahr, wobei hier Zuschüsse für die laufenden Unterhaltskosten unberücksichtigt bleiben. Zu berücksichtigen ist natürlich auch, daß die Investition in der Waldsportanlage nur zu einem Teil durch städtische Eigenmittel finanziert wird, da auf eine erhebliche Fremdförderung zurückgegriffen werden kann. Betrachten wir nur die städtische Subvention, nähert sich die jährliche Pro-Kopf-Förderung an jene bei Stahl Finow an.

Wie auch immer, werden der eine oder die andere sagen: »Das ist aber viel Geld!« Dennoch sollte nicht gesagt werden, es sei zuviel. Denn die Vereine der Stadt sorgen in erheblichem Maße dafür, daß Jugend- und Sozialarbeit möglich ist und hier sollte uns nichts zu teuer sein.

Die Ungerechtigkeit besteht lediglich darin, daß viele Sportarten eben nicht über solche Subventionen verfügen können, obwohl sie im Vergleich zu den Großfeldspielern ebenso gute

oder zuweilen auch bessere soziale oder sportliche Leistungen erbringen.

So stellt sich zum Beispiel die Frage, warum Erfolge auf Ebene des Kreises im Fußball einen offensichtlich viel höheren Stellenwert haben als Landesmeistertitel im Boxen oder Schach und warum eben jene Vereine mit ihren Sorgen und Nöten bezüglich ihrer sportlichen Heimat und Zukunft alleine gelassen werden.

Könnten beispielsweise die 20 Boxer des Eberswalder Sportvereins (ESV) auch über jährlich 135 Euro Pro-Kopf-Subvention für ihre Sportstätte verfügen, wäre ihre Zukunft gesichert, weil damit die Anmietung, Sanierung oder der Erhalt der benötigten Sportanlagen gesichert wären.

Dies wäre sicher auch auf andere Sportvereine oder auch auf Vereine aus Kunst und Kultur oder sozialer Arbeit übertragbar. Dabei ist natürlich nachvollziehbar, daß eine Subventionierung mit der Gießkanne schnell an ihre Grenzen stößt und insgesamt als ineffektiv einzuschätzen wäre.

Notwendig wäre vielmehr, die Subventionen gerechter zwischen den verschiedenen Gruppen zu verteilen.

Das Sportstättenentwicklungskonzept bot hierbei einige Vorschläge. Sie reichten von der Fusion verschiedener Vereine bis zur Schließung von Großfeldsportanlagen. Letzteres sollte besonders Anlagen betreffen, deren hohe Kosten nicht mehr gerechtfertigt seien. Daher zielte das Konzept darauf ab, daß sich künftig mehrere Vereine eine Sportanlage teilen, was abseits des Fußballs bereits gang und gäbe ist.

Dennoch sorgte dieser Vorschlag für einen regelrechten Sturm der Entrüstung. Die Macher der Großfeldvereine konterten mit angeblich unzumutbaren Bedingungen im Bereich der Organisation, mit »weiten Anfahrtswegen« für den Nachwuchs und dem dann schwindenden Vereinsleben.

Was also bei anderen Sportgruppen der Normalfall war, wurde besonders im Bereich Fußball als nicht machbar dargestellt, woraufhin die Stadtverordneten in ihrer Mehrheit den Forderungen der Fußballvereine nachgaben. Dabei spielte wohl auch eine nicht untergeordnete Rolle, daß viele kommunale Spitzenpolitiker führende Positionen in den betroffenen Vereinen inne haben.

So mancher Eberswalder Fraktionschef ist auch im Präsidium eines Fußballvereins aktiv oder sitzt sogar einem solchen vor. Der Verdacht von Lobbyismus dürfte hier nicht so weit hergeholt sein.

Dieser Eindruck wird sich nur wegwischen lassen, wenn zukünftig auch den kleinen Vereinen, die nicht zur Gruppe der Großfeldsportanlagen-Vereinen gehören, helfend unter die Arme gegriffen wird. Dies sollte schnell passieren, da uns sonst eine Zukunft droht, in der die sportliche Vielfalt der Stadt fast ausschließlich durch verschiedene unterklassig spielende Fußballvereine gekennzeichnet sein wird.

MARKUS BEYER

Amtsrappe und -schimmel

Eberswalde (bbp). Der zuletzt ausgewürfelte Barnimer Langzeitlandrat Bodo Ihrke kommt infolge des Scheiterns der Kreisgebietsreform nun doch darum herum, noch ein paar Jahre auf den längst seinen Körperformen angepaßten Polstern des Landratsessels auszuharren. Ihm sei der Ruhestand nun endlich gegönnt. Den Barnimer Bürgerinnen und Bürgern und nicht zuletzt auch den Mitarbeitern der Kreisverwaltung wäre hingegen ein früherer Chef-Wechsel hilfreich gewesen. Der einstige Amtsrappe hätte weniger Schimmel angesetzt.

Nun wird also am 22. April ein neuer Landrat gewählt. Im Direktverfahren von den Barnimer Bürgerinnen und Bürger.

Nach dem tragischen Tod des SPD-Favoriten Rainer Fornell warf sich der erklärte Kreisgebietsreform-Befürworter Daniel Kurth für seine Partei und zugleich für den Koalitionspartner DIE LINKE in die Bresche. Letztere verzichtet auf einen eigenen Landratskandidaten, wird aber sehr wahrscheinlich mit SPD-Unterstützung ihren Vorschlag für den Beigeordneten, Vizelandrat und Nachfolger des krankheitshalber ausgeschiedenen CDU-Dezernenten Carsten Bockhardt durchbringen können.

Mit dem SPD-Kandidaten Daniel Kurth wetteifern Othmar Nickel (CDU), Mark Matthies (Bürgerfraktion Barnim/Freie Wähler) und Dr. Michael Luthardt (Bündnis 90/Die Grünen) um den Landratsessel.

Neben Dr. Luthardt, der bis 2017 für DIE LINKE im Barnimer Kreistag saß, war auch der Bürgerfraktionskandidat Matthies zuvor schon unter dem Banner der LINKEN marschiert. Er war 2010 der unterlegene Kontrahent Ihrkes im damaligen Losverfahren.

Jahr der Ortsteile

Als 2003 Bernau aufgrund der Gemeindegebietsreform um einige Tausend Einwohner wuchs, war klar, daß es nicht nur zu einem Zuwachs an Fläche und Einwohnern für die Stadt kommen würde, sondern auch zu einem Mehr an Pflichten und Aufgaben. Dies gelingt nicht immer gut. Sowohl im Bereich der verkehrlichen Anbindung etwa durch Buslinien und Radwege als auch bei der ordnungsbehördlichen Aufgabenerfüllung erleben wir zunehmend Unterschiede zur Kernstadt. Als Beispiel seien hier die mangelnde Kommunikation gegenüber Ladeburg im Hinblick auf eine mögliche Ortsumgehung oder etwa die wochenlang verzögerte Reparatur von Straßenlampen in Börnicke nach den herbstlichen Stürmen genannt. Dasselbe gilt für die immer wieder vernachlässigte Mahd bei straßenbegleitendem Grün. Zugleich braucht es gerade für die Ortsteile eine komplette Überarbeitung der Straßenausbaubeitragssatzung zur Entlastung der Anlieger. Ebenso gehört der Ausbau der sozialen Infrastruktur auf die Agenda.

PÉTER VIDA

Wählergruppe »Alternative Liste Eberswalde«:

Wir unterstützen Dr. Luthardt

Die Alternative Liste Eberswalde (ALE) unterstützt bei der Wahl des neuen Barnimer Landrats am 22. April 2018 den bündnisgrünen Kandidaten Dr. Michael Luthardt. Schon allein als Ex-LINKER und vor allem, weil er ein sympathischer Mensch ist, verdient er unsere Unterstützung.

Die Wahrscheinlichkeit, daß er tatsächlich zum Landrat gewählt wird, ist gering. Aber sein Wahlantritt trägt dazu bei, daß allein wegen der Vielzahl der Kandidaten eine Entscheidung im ersten Wahlgang mehr als unwahrscheinlich wird. Und auch im zweiten Wahlgang wird man sich gewiß auf das Nichterreichen des Quorums mangels Wahlbeteiligung verlassen können.

Es wäre das zweite Mal, daß dann die Direktwahl eines Landrates scheitert. Würde gleiches Recht wie bei der Direktwahl von Ortsvorstehern angewandt, wäre der Landkreis Barnim künftig ein Landkreis ohne Landrat. Eine keineswegs uncharmant Vision.

Allerdings gilt im Landkreis nicht das gleiche Recht wie in den Ortsteilen. Beim Scheitern der Direktwahl fällt die Entscheidungsbefugnis zur Bestimmung des Landrats an den Kreistag. Und dort gilt als ziemlich sicher, daß der SPD-Kandidat das Rennen macht.

Der SPD-Kandidat Daniel Kurth steht als einstiger persönlicher Referent von Bodo Ihrke für Kontinuität. Zugleich ist sein Ziel als erklärter Befürworter der Kreisgebietsreform eigentlich die Abschaffung des Landkreises Barnim. Damit wiederum erfüllt er als Landratskandidat ein Zukunftskriterium wie keiner seiner Konkurrenten.

Spätestens seit dem Aufblähen der Gemeinden zu Großgemeinden sind die Landkreise als zwischengeschaltete kommunale Gebietskörperschaften nicht mehr notwendig. Das Zweitwertes Landkreis mit einerseits kommunaler Legitimation und andererseits der Aufgabe, als untere Landesbehörde zu agieren, hat sich erledigt. Es gehört abgeschafft. Tatsächlich notwendige zentralstaatliche Aufgaben lassen sich, wie schon teilweise praktiziert, in regional strukturierten Landesämtern konzentrieren, während die kommunalen Aufgaben komplett von den Gemeinden erledigt werden sollten, die im Bedarfsfall Zweckverbände oder Konföderationen bilden können.

Der SPD-Kandidat ist für die Umsetzung dieses Anliegens von allen Kandidaten am besten geeignet. Daher unterstützen wir die Kandidatur von Dr. Michael Luthardt.

Pressemitteilung der Wählergruppe
»Alternative Liste Eberswalde«

Vier wollen Landrat werden



Daniel Kurth (SPD)



Othmar Nickel (CDU)



Dr. Michael Luthardt
(Bündnis 90/Grüne)



Mark Matthies (Bürgerfraktion Barnim/FW)

Vize-Landrat fair auswählen

Die Kreistagsfraktion BVB/Freie Wähler fordert von der noch amtierenden Verwaltungsspitze des Landkreises ein faires und gesetzeskonformes Auswahlverfahren für die Funktion des 1. Beigeordneten. Die Verlautbarungen der Linken und der SPD in den vergangenen Monaten, wonach ein linker Beigeordneter zu wählen sei, begründen erhebliche Zweifel an der Ordnungsgemäßheit der Auswahl.

Noch während der laufenden Stellenausschreibung verkündete der Fraktionsvorsitzende der Linken mehrfach öffentlich, nach welchen Kriterien er die Position des Vizelandrates besetzen wolle. Überraschenderweise spielen dabei nur parteipolitische Aspekte eine Rolle.

Auf die Stelle zugeschnittene, verwaltungsrechtliche, analytische, personalrechtliche Gesichtspunkte scheinen keine Rolle zu spielen.

Die Fraktion weist darauf hin, daß die Auswahl nach gesetzlichen Bestimmungen zu verlaufen hat und der geeignetste Bewerber ausgewählt ist. Alle Kandidaten haben einen gerichtlich überprüfbaren Anspruch auf ein diskriminierungsfreies Verfahren.

Die Bürger des Landkreises haben ein Anrecht darauf, daß ein qualifizierter Bewerber nach rein sachlichen Kriterien ausgewählt wird und parteipolitische Präferenzen außen vor bleiben.

PÉTER VIDA

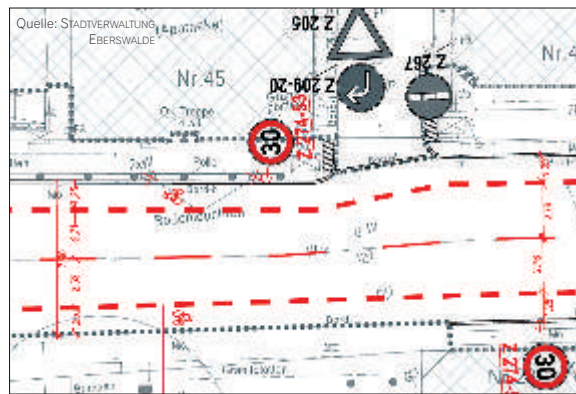
2000 Unterschriften geschafft

Der Januar endete für die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« mit einer positiven Nachricht. Am 31. Januar ging die 2000. Unterschrift für das »Bürgerbegehren zur Wiederherstellung der bis Herbst 2016 geltenden Verkehrsführung in der Heegermühler Straße« ein. Unser herzlicher Dank gilt allen Bürgerinnen und Bürgern, die bisher das Bürgerbegehren unterschrieben haben.

Den bald beginnenden Frühling werden wir aktiv nutzen, um die erforderlichen zehn Prozent der Wahlberechtigten zügig zu erreichen. Wer mithelfen möchte, ist gern gesehen. Inzwischen liegen die Unterschriftenlisten in 50 Sammelstellen im Stadtgebiet aus (Siehe <http://radwege.alternative-eberswalde.de/sammelstellen.html>).

Wir wollen nicht, daß in Eberswalde Radfahrer sterben, weil sogenannte »Radschutzstreifen« ihrem Zweck nicht entsprechen und wie in der Heegermühler Straße eher zu »Radgefährdungstreifen« werden. Ohne, daß der Radverkehr irgendwelche Vorteile hat, wird hier infolge der Fahrspurreduzierung der übrige Verkehr, einschließlich der Obusse, stark behindert.

Wie »Radschutzstreifen« zu »Radgefährdungstreifen« werden, wird demnächst direkt vor dem Eberswalder Rathaus demonstriert. Nach Abschluß der Baumaßnahmen sollen in der Breiten Straße, die dort entgegen ihrem Namen ziemlich schmal ist, ebenfalls »Radschutzstreifen« auf den Asphalt gemalt werden. Mit rund 14.000 Fahrzeugen pro Tag gehört dieser



Die Bodenmarkierungsverordnung § 9 nennt Mindestbreiten für Fahrspuren. Die dort angegebenen 2,60 m werden in der Breiten Straße im Bereich der Einmündung Judenstraße deutlich unterschritten. Die Gesamtstraßenbreite liegt bei 7,40 m, wovon die Radschutzstreifen jeweils 1,25 m in Anspruch nehmen, zuzüglich 3 x 15 cm für die Markierungstreifen. Es verbleiben für die Fahrspuren der Kraftfahrzeuge jeweils etwa 2,20 bis 2,30 m. Alternativen wären möglich. Ein etwas schmäleres Gehweg an der Apotheke und die Führung des südlichen Gehwegs hinter den Löwenbrunnen, um Platz zu gewinnen.

Abschnitt mit zu den am höchsten belasteten Straßen in Eberswalde. Die Fahrspuren für den Kraftverkehr werden sich durch die Streifen bis auf 2,30 Meter verengen. Für LKW und Busse im Begegnungsverkehr reicht das nicht aus. Selbst für PKWs wird es knapp.

Die Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde« ist gegen »Radgefährdungstreifen« – in der Heegermühler Straße und in der gesamten Stadt.

Wir wollen sichere Wege für die Radfahrer!

Wir bitten die Bürgerinnen und Bürger, das mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

GERD MARKMANN und Dr. ULRICH POFAHL
(Sprecher der BI »Radwege in Eberswalde«)

Leserreaktionen auf Kooperation von HNEE und Sparkassenstiftung:

Auftragsstudie macht »speiübel«

Eberswalde (bbp). Forscherinnen und Forscher der Fachhochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) untersuchen derzeit, ob Schließungen von Bankfilialen im ländlichen Raum »tatsächlich eine Einschränkung für die Bankkunden sind«. Bezahlt werden die Forschungen von der Wissenschaftsförderung des Vereins Sparkassen-Finanzgruppe e.V., die dafür 40.000 Euro bereitstellen.

Der entsprechende Bericht in der Januarausgabe der Barnimer Bürgerpost (Filienschließung wissenschaftlich begründet, BBP 1/2018) rief zum Teil heftige Reaktionen von Leserinnen und Lesern hervor.

»Eine Bildungseinrichtung, die einen solchen Auftrag annimmt und sich dafür auch noch bezahlen läßt, ist nicht mehr wert als eine Hure«, schreibt Hannes M. aus Schorfheide. Im Schorfheider Ortsteil Groß Schönebeck war erst Mitte 2017 die Sparkassenfiliale geschlossen worden, trotz starker Proteste der Einwoh-

ner. Beim Lesen des »wissenschaftlichen« Beitrages zum Problem »overbanking in Deutschland« sei ihm »speiübel« geworden. »Das ist ein Schlag ins Gesicht der Bürger z.B. in Groß Schönebeck, Eichhorst, Altenhof und Lichtenfelde.« Davon abgesehen verstehe er nicht, wieso nur junge Leute erwähnt werden. »Was ist mit den älteren Menschen? Warum muß jeder ein Handy haben, auf dem Online-Banking möglich ist? Wenn ich es nun nicht will? Wenn ich nun nicht kontrolliert werden will?«

Kornelia L. aus Berlin weist auf die Folgen der zunehmenden Fremdfinanzierung von Bildungseinrichtungen hin. Es sei bedenklich, »daß es die Sparkassenstiftung ist, die die Fachhochschule dafür bezahlt, herauszufinden, daß Bankfilialen im ländlichen Raum nicht gebraucht werden. Hier soll ganz offensichtlich die 'wissenschaftliche' Begründung herbeigezaubert werden, daß Sparkassenfilialen ohne weiteres geschlossen werden können.«

Gemeinsam für Radwege

Von der jüngst in der lokalen Tageszeitung festgestellten Zuspitzung im »Streit um die Schutzstreifen« kann bei genauerer Betrachtung nicht die Rede sein. Die Fronten sind seit dem Dezember klar. Der Vorstoß der Bürgerfraktion, in der Sache einen Kompromiß zu erreichen, stieß bei den meisten anderen Fraktionen auf wenig Gegenliebe. Wohl vor allem, weil die Stadtverwaltung in persona der Baudezernentin keinerlei Kompromißbereitschaft erkennen läßt. Vielmehr wird vehement versucht, die verschiedenen Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen (Radfahrer contra Autofahrer und umgekehrt). Für diesen Zweck wird auch eine Radfahrerininitiative hofiert, die ohne Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und stark ideologisch determiniert sich für die Beibehaltung des Radstreifens in der Heegermühler Straße stark macht.

Es ist zu hoffen, daß diese Initiative bald erkennt, daß sie seitens der Stadtverwaltung bloß mißbraucht wird. Die Ziele dieser AG Rad und die der BI »Radwege in Eberswalde« liegen nicht so weit auseinander, wie die geschürte Polemik das erwarten ließe.

Beispielsweise forderte der AG-Sprecher TINO KOTTE in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt am 5. Dezember 2017 einen jährlichen Finanzbedarf zur Umsetzung des Radnutzungskonzepts in Höhe von 200.000 Euro ein. In der gleichen Ausschusssitzung hatte die BI »Radwege in Eberswalde« vorgeschlagen, den anstehenden Nachtragshaushalt zu nutzen, um »das jährliche Radwege-Budget mindestens auf 250.000 Euro« zu erweitern.

Letztere Forderung wurde nach der Sitzung seitens der Baudezernentin schroff abgebugelt (BBP 12/2017). Erstere steht in der Niederschrift zur Sitzung und wird dort wohl auch bleiben, wenn es den beiden Initiativen nicht gelingt, dem Thema durch Zusammenarbeit einen stärkeren Rückhalt zu verschaffen.

Chancen dafür gibt es. So erklärte FABIAN WULF von der AG Rad, er sei »ausdrücklich an einer Versachlichung der Debatte mit der Nennung möglichst aller Aspekte interessiert«. Bei der BI »Radwege in Eberswalde« stößt dieses Ansinnen auf offene Ohren.

GERD MARKMANN

Dreißig Zentimeter

Um diesen Abstand verkürzt sich der Mittagsschatten eines 5-stöckigen Hauses Mitte Februar Tag für Tag. Seit der Wintersonnenwende hat er schon 15 Meter zurückgelegt. Mit Beginn der Tag-und-Nacht-Gleiche zu Frühlingsbeginn steigt die Sonne über den Himmelsäquator und dann wird der Mittagsschatten der längste des Tages auf der Nordseite sein. Ende April verlangsamt sich die Schattenabnahme bis zum scheinbaren Stillstand der Bewegung zur Sommersonnenwende.

Kreiswerke neu aufstellen

Jüngst wurden den Kreistagsabgeordneten und sachkundigen Einwohnern im Umwelt- und Wirtschaftsausschuß des Kreises die ersten Projekte der Kreiswerke Barnim vorgestellt. So ein Konzept für gemeinsame Straßenbeleuchtung der Ämter Britz-Chorin-Oderberg und Biesenthal oder das Wasserstoff-Zug-Projekt. Der Bereich »Netze« soll ein großer Schwerpunkt werden. Die Frage ist: Was haben die Bewohner des Barnims eigentlich davon? Die Projekte mögen alle nachhaltig sein, aber was machen die Kreiswerke anders als andere?

Es sollte die Aufgabe sein, Projekte zu umreißen und zu planen, die den Menschen im Landkreis direkt helfen. Hier wären Projekte für Schulen und Kitas wie Solarenergiegewinnung und -thermie zur Warmwasser- und Heizungsunterstützung oder die Ersetzung von Gasheizungen durch regenerative Pelletheizungen denkbar. Das kommunale Holz sollte nicht verkauft, sondern vor Ort genutzt werden. In anderen Gemeinden funktioniert dies seit Jahrzehnten – ohne daß befürchtet werden muß, daß der ganze Wald abgeholzt wird. Dies ist nur ein Teil der Möglichkeiten, der im Barnim zum Erhalt von Arbeitsplätzen beitragen und somit Anreize hier wohnen und leben zu wollen, schaffen würde.

Natürlich werden Unternehmen wie EON, RWE und Co. ähnliche Projekte umsetzen, aber der Barnimer hat davon nicht mehr im Geldbeutel. Auch die Gemeinden und Städte profitieren nicht sonderlich viel, wenn andere es machen. Deshalb gilt es auch hier, den Kreiswerken einen politischen Auftrag zu erteilen, gezielt neue Wege zu gehen und zwar mit klarem Fokus auf Energie- und regionale Wertschöpfungsketten, die ineinander flächendeckend greifen und wachsen. Die eigenen Ressourcen im Barnim sollten genutzt werden. Das ist nicht nur Wind, Sonne oder Holz. Das sind auch die Dächer unserer Schulen und Kitas, die man so regional nutzen könnte. Das muß unser Kreiswerk im Barnim anpacken.

SVEN WELLER

Rauchen ist tödlich

*Rauchen: schlecht und ungesund!
Erstens riecht man aus dem Mund.
Zweitens wird die Luft dir knapp.
Geht es mal bergauf, bergab.
Drittens, das ist sonnenklar:
Gesundheit wird durch's Rauchen rar!
Viertens und auch das ist wahr,
Stirbt man früher ein paar Jahr
Fünftens macht's den Schmugglerscheich
Und die Tabakbasse reich.
Sechstens nützt es auch dem Staat,
Weil er Steuergeld für Waffen hat.
Willst du, daß deine Raucherei,
Für dich und andere tödlich sei?
Nein? Dann stell das Rauchen ein!
Gar mancher wird dir dankbar sein.*

RAINER KROBOTH

Vor 101 Jahren:

Viergleisiger Vorortverkehr nach Bernau

Wie Kolonisten und Sommerfrischler Verbesserungen erstritten

Über 175 Jahre besteht der Abschnitt unserer Bahnstrecke Berlin – Eberswalde. Wurden von der gerne verlachten Reichsbahn 1992 noch blaublütige Kaiserengel, Sonderzüge mit Dampflok und Fahrzeugausstellungen aufgeföhren, so reduzierten sich die »Festivitäten« 2017 auf eine privat organisierte Miniausstellung im Haltepunkt Melchow (seinerzeit noch gar nicht eröffnet) und ein Bericht im Lokalteil der Eberswalder MOZ. Keine Stadt, kein Landkreis und keine Bahn hielten eine irgendwie geartete Würdigung für nötig. Bezeichnend, gibt es doch so etwas wie eine »Lobby« an unserer Strecke nicht mehr.

Ganz anders vor 100 Jahren, als Zepernick und Bernau noch »Ausflugsorte« waren und die Besucher sich »Sommerfrischler« oder mit eigener Scholle gar »Kolonisten« nannten. Das zweite Gleis bis Angermünde lag da schon gut 40 Jahre. Die Kapazitäten von Berlin bis Bernau waren dennoch erschöpft, die Züge voll, die Streckendurchlässigkeit nicht mehr zu steigern. Abhilfe konnte nur die Trennung von Fern- und Vorortverkehr schaffen.

Waren die Preußischen Staatseisenbahnen schnell dabei, eine Strecke aus militärischen Gründen zu bauen, so wurde die Verbesserung für Fahrgäste in überfüllten und verspäteten Vorortzügen eher vernachlässigt. Betrachtet man heute die Milliarden verschlingenden Großprojekte einerseits und das seit Ende des II. Weltkrieges fehlende zweite Gleis der Strecken Blankenburg – Karow, Buch – Bernau sowie Passow – Stettin (Szczecin) andererseits, so lassen sich gewisse Parallelen leider nicht verleugnen.

Um dem damaligen Mißstand Abhilfe zu schaffen, wurde 1903 der »Verkehrsverband an der Stettiner Bahn e.V.« gegründet. Mitglieder waren die überwiegend an der Strecke liegenden Haus- und Grundbesitzer-Vereine, der Ortsverein Karow, der Bürgerverein Bernau und die Gemeinden Heinersdorf und Buch – damals noch nicht Teil Berlins.

Mit intensiver »Lobby-Arbeit« wie man heute sagen würde, versuchte der Verein die Wünsche der Anrainer umzusetzen. Dies geschah nicht nur über Zeitungsartikel, »geflossentliche Eingaben« und »Erörterungen der Herrn Vertreter des Verkehrsverbands und Eisenbahndirektion«. Ganz konkret ließ sich die Königlich Preußische Eisenbahn-Direktion Bahnsteige, Zugänge sowie laufende Kosten bezahlen. Buch, Röntgental und Blankenburg hatten »große Geldopfer zur Erfüllung ihrer Wünsche zu bringen«.

Nicht alles wurde umgesetzt. So entstand der seit 1909 geforderte Haltepunkt zwischen Bernau und Zepernick erst 1997. Argumentiert wurde mit »Blühende Kolonien« von »über 1000 Parzellenbesitzern« und »lange Wege in beide



Richtungen«, die »im Winter und auch an heißen Tagen für die Kinder eine harte Leistung« seien.

Die Eisenbahndirektion zeigte sich solchen Ersuchen gegenüber »sehr kühl«. Derartige Anlagen würden »sehr viel Geld kosten«. Läßt man sie privat errichten, kosten sie 80 Jahre später im Falle Friedenstals circa zwei Millionen Euro. Die Bahn AG veranschlagte 13 Millionen. Der zur gleichen Zeit angemahnte Halt Blankenburg-Nord wird mit dem Bau des Turmbahnhofs mittlerweile auch realisiert.

Gleichwohl war die Initiierung einer gemeinsamen Interessenvertretung gegenüber der schwerfälligen Staatsbahn richtig und sinnvoll. Gab es 1914 vormittags fünf Züge nach Bernau, so waren es 1918 schon acht. Zehn Jahre später fuhr man im 30 Minuten-Takt, zwischen 15.55 und 18.05 Uhr sogar im 10 Minuten-Takt!

1941 verlieren sich die Spuren des Verbandes mit Sitz in der Berliner Florastraße 49. In der Vereinszeitung »Verkehrsbote« veröffentlichte auch der »Verkehrsverband an der Reinickendorf-Liebenwalde-Groß Schönebecker Eisenbahn« – auch als Heidekrautbahn bekannt. Diese hat mit der »Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Heidekrautbahn« heutzutage eine ähnliche Interessenvertretung, die sich engagiert der Wiederherstellung des Anschlusses nach Berlin-Wilhelmsruh widmet.

Und an der Stettiner? Stabiler 10 Minuten-Takt bis Bernau? RE-Halte Biesenthal? Haltepunkt Eberswalde Wasserfall/Zoo? Zweites Gleis Passow – Stettin? KAG oder IG Stettiner Bahn? Handlungsbedarf gibt es. Mit einer gemeinsamen Interessenvertretung ließe sich wirkungsvoller auftreten. Vielleicht gibt es dann auch mal wieder eine würdige Jubiläumsfeier. Am 15.8.2018 wird die gesamte Strecke 175 Jahre alt.

MATTHIAS MANSKE

Laßt uns die Zukunft – den Wandel gestalten

Die moderne Zeit der Menschheit schreitet voran und trotz des zunehmenden Wissens wird doch scheinbar ein Ausweg aus der Spirale des Unterganges immer unwahrscheinlicher. Ohne baldigen starken Kurswechsel in der Art des Wirtschaftens werden die Ressourcen (fossile Rohstoffe, Erze, Regenwald, Vielfalt des Lebens, Böden und Wasser) unweigerlich restlos aufgebraucht oder zum entscheidenden Teil zerstört sein. Und wenn das passiert, ist es unser Untergang. Die Erde wird sich erholen in vielleicht einigen 10.000 Jahren. Neue Arten werden ihren Platz finden, vielleicht an der Seite von übrig gebliebenen Resten der Menschheit? Dinosaurier blieben keine übrig, aber einen Quastenflosser haben wir tief unten im Meer ja noch entdeckt.

Die Komplexität und Schnelligkeit unseres heutigen modernen Lebens erhöht sich laufend. Alles scheint mit allem vernetzt zu sein und doch wird immer mehr klar, daß jeder einzelne Teil für sich allein ist. Das Handeln eines jeden einzelnen im Netz der Gemeinschaft macht deutlich, daß wir nur weiterkommen, wenn wir an unsere Nachbarn denken und diese an ihre Nachbarn. Und unser Handeln in seiner ganzen Bandbreite betrachten und uns eingestehen: Weniger ist mehr! Stellen wir uns doch jeden Tag die Frage: Was ist wirklich nötig, um glücklich zu leben?

Mit dem immer schnelleren und größeren Wissensfluß erhöht sich auch das Wissen um die Widersprüche von Fortschritt bei gleichzeitiger Zerstörung. Kriege in anderen Ländern schützen den Zugang zu den Ressourcen für das derzeitige Wirtschaftssystem. Bin ich auch noch so alternativ, bin ich doch Teil dieses mittlerweile globalisierten Systems der Zerstörung (die sogenannte »Megamaschine«). Aber es kann gelingen, schrittweise einen guten Teil daraus auszusteigen und alles kritisch zu hinterfragen.

Vielleicht stehen wir aber wirklich vor einem (sich gleichzeitig immer weiter beschleunigenden) Wandel hin zu globalem Denken, einer nachhaltigeren, gerechteren und ausgeglicheneren Welt für alle, einer integralen Zeit, nie dagewesenen Verständnisses unseres Lebens. Die Verbreitung des Wissens, insbesondere bei der jungen mitdenkenden Generation, nimmt immer mehr zu, das System ächzt unaufhörlich,

die Kritik nimmt zu und wirkliche Alternativen stehen zur Verfügung. In Zeiten sich erhöhender Belastung (auch psychisch-unterbewußt) durch den zunehmenden Druck dieser Veränderungen wird es immer wichtiger, für Ausgleich zu sorgen. Alternative therapeutische Angebote, wie auch immer geartet, spielen für eine Heilung dieser auch kollektiven Verwundungen des Menschenkörpers und seiner Seele eine immer größere Rolle.

Dies trifft, wie gesagt, insbesondere auf die jüngere wissendere Gesellschaft zu – auch und insbesondere hier in Eberswalde. Der Ruf nach Freiheit und gleichzeitiger Sicherheit, nach Gemeinschaft und gleichzeitiger Individualität, nach Verständnis und Abkehr nimmt immer mehr zu. Die Zahl der alternativen Akteure sowie der Grad ihrer Vernetzung steigt täglich.

Die Ressourcen in diesem »Kampf um die Köpfe« zwischen dem bestehenden System (die 1 Prozent und ihre Stellvertreter) und den wirklich alternativen-fortschrittlichen und aktiven Kräften (schätzungsweise wenige der verbleibenden 99 Prozent) sind allerdings ungleich verteilt. Die sehr mächtige Seite hat die Fäden in der Hand (u.a. politische Gestaltung, Massenmedien, Rechtsprechung) und unvorstellbar riesige finanzielle Ressourcen (eigentlich unser aller Geld!) auf ihrer Seite. Nur ein großer kollektiver Einsatz möglichst vieler fortschrittlicher Kräfte und Ressourcen kann da gegenhalten. Die jüngste Vergangenheit zeigte, daß das System versucht, dies zu verhindern. Beispielhaft im Vorfeld der Hamburger G20-

Proteste durch die Unterbindung eines großen alternativen Musikfestivals in Berlin. Die direkte Vernetzung sollte hier, durch Nutzung aller rechtlicher Hebel, verhindert werden. Gleichzeitig will das System (oder »die Firma«) die fortschrittlichen Köpfe verstehen und ihren Puls fühlen (um sich anzupassen und nicht von der Revolution eingeholt zu werden). Durch diese Zustände werden die Zeiten radikaler werden, die Uhren werden immer schneller ticken.

Vielleicht ist es aber auch so, daß in der automatischen totalen Anpassung des kapitalistischen Systems der Schlüssel zur Veränderung liegt? Wenn die Idee einer neuen Zeit nur laut und stark genug herausgerufen wird und alle dabei mitmachen und sich widersetzen. Ja, dann vielleicht entsteht der Übergang in eine vom Verständnis aller Zusammenhänge getragene Zeit. Die 1 Prozent werden sich eingestehen, daß auch sie untergehen werden, wenn...

Wenige Beispiele für eine praktische Umsetzung, an der wir arbeiten wollen? Couch auf die Straße – Nachbarn geschnappt, Grundeinkommen eingeführt, direkte Demokratie – Politik der Mitsprache aller auf unserer Ebene (ein Ende von Vollzeit-Politikern und Parteien), Bürokratieabbau, autofreie Städte – Straßen für Fahrräder, deutlich weniger und dafür gerechterer Konsum, kostenloser regionaler Zugverkehr, wirklich Strom und Öl sparen, wo es nur geht, politische Bildung hin zur mittendekend konsumierenden Nachhaltigkeitsgesellschaft für alle, keine Auslandseinsätze der Bundeswehr mehr, keine Waffenexporte, ausländisches Militär raus aus Deutschland, realistische Drogenpolitik – Entkriminalisierung aller Drogen, regionale/lokale ökologische Landwirtschaft, 20-Stunden-Woche, ein Ende der fortschreitenden totalen Überwachung, neue Blüte des Trampens (und Mitnehmens), Stopp aller Mega-Infrastrukturprojekte die hunderte Millionen Euro vor unser aller Augen verschwenden, mehr Kleingärten statt weniger – und ganz wichtig: Demonstriert alle in allen Teilbereichen des Wandels vielfältigst dafür! Nutzt alle Mittel des Widerstands, seid kreativ.

Verbreitet dies! Laßt uns einfach alle an einer Zeit arbeiten, in der wir wieder mehr selbst in unsere Hände nehmen und vertrauen können – in die Mehrzahl unserer aller Mitmenschen. Eine Zeit, in der nicht mehr über ein Wachstum der Wirtschaft (bei gleichzeitiger Schrumpfung der Natur), sondern über ein neues integral/ganzheitliches, geistig/spirituelles, individuell-kollektives Wachstum hin zur nachhaltigen Gesellschaft gesprochen wird.

Female Genital Mutilation (FGM)

Am 6. Februar war der Internationale Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung

Weltweit werden täglich rund 8000 Frauen oder Mädchen an ihren Genitalien beschnitten. Es hat der Weltfrieden nur eine Chance, wenn Männer und Frauen gleichberechtigt sind. Es wird Zeit, daß es in Deutschland einen Paragraphen gibt, der FGM als Verbrechen definiert und bestraft wie z.B. in Frankreich.

Dr. WALTRAUD VOIGT, www.frauenrechte.de

In Gedanken versunken

Sehe ich einen riesigen Ameisenhaufen, wo tausende Ameisen Material schleppen, für das gemeinsame Werk. Ich weiß nicht, wer es zerstören wird. Sicher nicht die Ameisen.

Analog sind doch Millionen fleißige Arbeiter dabei, Städte und Dörfer zu bebauen mit Wohn- und Kulturstätten, Schulen, Krankenhäuser, Kirchen und vieles mehr.

Im Fernseher zu den Nachrichten ein Bild von einer eroberten Stadt in Syrien. Es war nur noch ein riesiger Trümmerhaufen ohne Leben!

Es gibt sehr viele Menschen, die in der Rüstungsindustrie arbeiten, die sich keine Gedanken machen, wo ihre Erzeugnisse verwendet werden. Ob Pistole, Revolver, Rakete, Mine oder Bombe, Kampfdrohne oder Panzer – alle sind nur zum MORDEN und ZERSTÖREN hergestellt! Und das noch mit Steuergroschen, die ebenfalls noch für die Ausbildung der MÖRDER und ZERSTÖRER verbraten werden. Sollte man sich da keine Gedanken machen?

fragt die rote Oma (ELISABETH MONSIG)

Dr. SORGSAM

Getragen und betreut wird das Projekt von der schon seit vielen Jahren recht rührigen Betriebsseelsorge Oberes Waldviertel. KARL IMMERVOLL, der Leiter derselben, machte dem AMS (Arbeitsmarktservice – vergleichbar mit den Jobcentern in der BRD) Niederösterreich die Sache schmackhaft. Offiziell firmiert das soziale Experiment als AMS-Kurs, d.h. die beteiligten Langzeitarbeitslosen erhalten ihre Bezüge für 18 Monate weiter, sind jedoch von allfälligen Belästigungen und Drangsalierungen seitens des Amtes befreit. So fungiert das Arbeitslosengeld tatsächlich ähnlich einem garantierten und bedingungslosen Grundeinkommen.

»Immer mehr Menschen haben in diesem System keine Chance«, sagt Immervoll. »Und was sie gerne tun würden, ist nicht gefragt«. Doch gerade diese Frage wird im Projekt andauernd und beharrlich gestellt. Sie ist zwar naheliegend, wird aber nicht nur am Arbeitsmarkt ausgeblendet, sondern auch im Alltag verdrängt. Da wie dort zählt, daß man sich zu verwerfen hat. Wer das nicht kann, fällt raus und ist sodann dem strikten Reglement der Arbeitslosenverwaltung unterworfen.

Die Vormundschaft durch das AMS ist anstrengend, oft entmutigend und entwürdigend. Dieses und jenes darf man nicht, vor allem hat man Arbeitsbereitschaft zu demonstrieren, unsinnige Bewerbungsschreiben zu formulieren und zu vorgegebenen Zeitpunkten (Vorstellungsgespräche, AMS-Kontrolltermine) zur Verfügung zu stehen. Widrigenfalls droht eine Bezugssperre.

Aktivierung statt Deaktivierung

Wenn Begabungen und Tätigkeiten wirtschaftlich nichts hergeben, heißt das ja nicht, daß sie sinnlos sind. Sie sollen nicht brach liegen. Wichtig wäre, daß die Personen handlungsfähig werden, von Deaktivierten zu Aktivierten, der aufgezwungenen Depression zuwider handeln, sie abschütteln. Wie schaffen wir es, euch für den Arbeitsmarkt zu vermitteln?, ist nicht die primäre Frage, sondern Was wollt ihr?. Die eingefahrenen Bahnen sollen verlassen werden. Sorge und Hilfe ersetzen Strafe und Sanktion.

Die Arbeitslosen werden sowohl im Plenum, in Gruppen als auch einzeln betreut. Daneben gibt es noch einige Zusatzkurse, selbstverständlich kostenfrei: Gesundes Essen, Erste Hilfe, Männerseminar, Rückenfit, Suchtprävention, Tanzen, Move your ass etc. Gemeinsames Wandern lockert auf und fördert die Kontakte. Der soziale Druck soll genommen, die eigene Initiative gestärkt werden. Freundschaften und Bekanntschaften entstehen, das ist vor allem wichtig für Leute, die isoliert wurden, aber sich auch selbst zurückgezogen haben.

Fördern statt fordern, ist überhaupt das Motto. Der viel gepriesene ökonomische Arbeitsanreiz verursacht ja des öfteren Brechreiz. Druck zu erhöhen, erhöht meistens bloß den Blutdruck. Am Mangel an gesundheitlicher

Was ist mein Weg?

Botschaften aus einem sozialen Experiment

von Franz Schandl

Seit dem Frühjahr 2017 läuft in Heidenreichstein im Oberen Waldviertel (Österreich) das Projekt »Sinnvoll tätig sein« (STS), das jenseits gängiger Disziplinierungsmuster versucht, über 40 Langzeitarbeitslosen Perspektiven zu eröffnen, die sich doch von obligaten Anforderungen und Erwartungen unterscheiden.



Foto: VEREIN ZUR FÖRDERUNG VON ARBEITERINNEN HEIDENREICHSTEIN

Belästigung leiden die Arbeitslosen sowieso nicht. Viele sind angeschlagen und haben gerade auch deswegen das Nachsehen am Arbeitsmarkt. Insgesamt fühlen sich die STS-Kursteilnehmer jedenfalls erleichtert, fast alle geben an, daß ihr Wohlbefinden in den letzten Monaten gestiegen ist.

Arbeitslosigkeit ist kein individuelles Manco, als das es erscheint, sondern ein gesellschaftliches Problem, als das es akkurat nicht erscheinen soll. Autoritäre Mentalitäten und Haltungen, gemeinhin Unterdrückung und Unterwerfung genannt, sind zu überwinden. Was denn sonst? Die hartnäckige Ideologie der harten Arbeit, gerade wieder mal abgefeiert an der kranken und krankmachenden Arbeitsfront von Christian bis Hanni, von Basti bis HC, ist entschieden zu hinterfragen. Man kann, man soll, man darf.

Begleitung aus der Schußlinie

Das Experiment ist überschaubar, bezogen auf die Gemeindegröße von 4000 Einwohnern alles andere als klein. Ein Prozent der Bevölkerung sitzt im Kurs und ein Prozent der Bevölkerung sitzt in der Begleitgruppe. Wie die Sache in Heidenreichstein selbst ankommt, ist nicht leicht zu beurteilen. Daher wurde eine Begleitgruppe gegründet, wo sich die Betreuer mit interessierten und wohlgesonnenen Leuten aus der ansässigen Bevölkerung vierteljährlich treffen und über das Projekt reden. Zwischenzeitlich erhalten diese gesonderte und zusätzliche Informationen. Man will üblen Gerüchten zuvorkommen, diese bremsen und kalmieren. Was der gemeine Menschenverstand so ausbrütet, ist ja hinlänglich bekannt. Wir machen uns die Nachrede selber, lautet die Devise.

In einem Zwischenbericht schreibt Karl Immervoll: »Die Befreiung von Ängsten und Druck ist ein Prozeß. Trotzdem: 18 Monate von den Vorgängen rund um die Arbeitssuche befreit zu sein, Zeit zu haben, sich auf sich selbst zu konzentrieren. Für manche bedeutet das, zum ersten Mal in ihrem Leben sich die Frage zu stellen: Was ist mein Weg?«. Es ist jedenfalls ein Versuch, Menschen aus der Schußlinie zu holen, sie vor Demütigung und Depression, Bevormundung und Bestrafung zu schützen. Das ist viel. Im Projekt probt man herrschaftsfreie Kommunikation durch bedingungslose Anerkennung. Die Kontakte laufen zumeist auf Augenhöhe. Niemand soll abstürzen.

STS als Forschungsprojekt

Abgestürzt ist das Projekt freilich als Forschungsprojekt. Zumindest vorerst. Vorgesehen war auch eine begleitende Studie, in der die Ergebnisse dokumentiert und analysiert werden sollten. Trotz der beantragten und von einem Beirat gutgeheißenen Förderung wurde es von den zuständigen Stellen des Landes Niederösterreich abgedreht. Derlei brauche man nicht, so die stille Drohbotschaft. So bleibt den Betreibern nur übrig, zumindest einen Teil der vorgesehenen Forschungsgelder selbst aufzustellen.

Diesbezüglich läuft zur Zeit ein Crowdfunding. Wer kann und möchte, möge sich daran beteiligen. Details siehe hier: <https://www.startnext.com/sts-grundeinkommensprojekt>.

Franz Schandl ist Teil des wissenschaftlichen Begleitprogramms von »Sinnvoll tätig sein« (STS). Von 1985–1995 war er zudem Gemeindevater der ALTERNATIVEN LISTE in Heidenreichstein.

Erfolgreiches 1. Eberswalder EnergieForum:

Impulsgeber der Energiewirtschaft

Durch die Stadtverordnetenversammlung wurde am 29. Juni 2017 beschlossen, nach der Abschaffung des Ausschusses für Energiewirtschaft ein »Eberswalder EnergieForum« als Diskussionsforum und Impulsgeber für energiewirtschaftliche und -politische Themen zu gründen. Zudem soll es regionalen und überregionalen Akteuren als Netzwerk-Plattform dienen. »In der Komplexität der Energiewirtschaft insgesamt, erwarte ich spannende Veranstaltungen«, so Bürgermeister Friedhelm Boginski im Vorfeld der Veranstaltung.

Rund 30 interessierte Gäste, darunter auch viele Stadtverordnete, Mitarbeiter der Stadtverwaltung und Ehrenamtler, folgten nun am 16. Januar der Einladung zum 1. EnergieForum zum Thema »Verknüpfung von Energie- und Kreislaufwirtschaft bei den Kreiswerken Barnim«. Nach der Begrüßung durch die stellvertretende Bürgermeisterin und Baudezernentin der Stadt, ANNE FELLNER, stellte CHRISTIAN MEHNERT, Geschäftsführer der Kreiswerke Barnim und der Barnimer Dienstleistungsgesellschaft (BDG), Aufbau, Auftrag und Betätigungsfelder der Kreiswerke Barnim detailliert vor.

Dies seien unter anderem der Ausbau der Akzeptanz für erneuerbare Energien »vor der eigenen Haustür«. Dabei würden nach einer Infratest-Studie 67% der Bevölkerung erneuerbare Energien grundsätzlich befürworten, 77% stünden positiv zu Solarparks, 61% zu Windenergieanlagen und 36% zu Biomasseanlagen. Die Akzeptanz von Kohlekraftwerken läge in der Bevölkerung hingegen nur bei acht Prozent, die von Atomkraftwerken sogar nur unter drei Prozent.

Eine Verknüpfung der Energie- und Kreislaufwirtschaft in Eberswalde könne sich zukünftig durch eine Reihe von Projekten darstellen, wie etwa bei der Übernahme des Stromnetzes »in eigene Hände«, beim Öffentlichen Personennahverkehr, bei Wärmeprojekten der Nah- und Fernwärme, bei der Stadt- und Straßenbeleuchtung sowie bei Solar- und

Windenergie-Projekten zu energetische Themen im Zusammenhang mit kommunalem Wohnungsbau und bei der Nutzung von Wasserkraft und Klärschlammverwertung. »Viele dieser Projekte sind in der Vorbereitungs-, Start- oder Probephase«, erklärte Christian Mehnert bei seinem Vortrag.

Im Anschluß wurden Fragen zur E-Mobilität und deren Lade-Infrastruktur, zum »BARsharing« und zur Bürgerbeteiligung diskutiert. Eine solche Beteiligung könne Mehnert sich möglicherweise über die Gründung einer »Bürgergenossenschaft« zur Beteiligung an den Projekten der BDG vorstellen.

Auch zur Nutzung von Wasserkraft und zur zukünftigen Gestaltung des Forums wurde thematisiert. Zum letzten Punkt standen praktische Fragen im Vordergrund: wie etwa könne man Themen für weitere Foren einreichen, wie Ansprechpartner finden, in welcher Weise beim EnergieForum mitarbeiten oder Netzwerke aufbauen und pflegen. Hierzu wurden erste Informationen abgeglichen.

»Ich freue mich sehr über die rundweg positive Resonanz auf das 1. EnergieForum. Viele Menschen wollen gemeinsam an der Umsetzung von Klimaschutz- und Energiesparzielen für Eberswalde und die Region arbeiten – das ist ein großes Plus für unsere Zukunft«, resümierte Anne Fellner die Veranstaltung.

LUTZ LORENZ, (temporärer) Pressesprecher der Stadtverwaltung Eberswalde

Ein kluger Mann

Er ist groß gewachsen, Tierarzt, promoviert. Dieser Beruf, durchaus ehrbar und ernährt seinen Mann nicht schlecht, hat ihm wohl keinen Spaß mehr gemacht, er wollte Politiker werden, obwohl der Beruf des Politikers im Land nicht gerade den besten Ruf hat. Er trat, so macht man das, erst mal in eine Partei ein. In seinem Fall war es die im Land Brandenburg regierende SPD. Er hat sein Ziel erreicht, wurde zunächst Umweltminister, danach Innenminister und schließlich sogar Ministerpräsident. Damit hatte er die höchste Stufe, nach Peter-Prinzip die Stufe der Inkompetenz, erreicht. Wegen Mangels an Erfolgen – gescheiterte Vorhaben wie Polizeireform, Forstreform, Schulreform und schließlich Kreisgebietsreform sprechen Bände – versucht er jetzt, sich den allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung, mit dem er nicht viel zu tun hat, ins eigene Knopfloch zu stecken und mit öffentlichkeitswirksamen Reisen ins Ausland bei den Bürgern Bonuspunkte zu sammeln. So will er wohl den längst fälligen Rücktritt, auch seines Innenministers, vorzugsweise jedoch seiner ganzen Regierungsmannschaft, vermeiden. Aber er hat sicher, er ist ja ein kluger Mann, erkannt, daß seine Partei abgewirtschaftet hat. Wenn nicht ein Wunder geschieht, wird seine Partei ab 2019 nicht mehr den Ministerpräsidenten stellen. Deshalb ist es nicht überraschend, daß er sich jetzt schon mal – vorsorglich! – nach einer Alternative umsieht. Die scheint er nun gefunden zu haben. Sie heißt Bundesminister in der GROKO, der großen Koalition mit den C-Parteien. Da ist Kompetenz weniger gefragt – man hat ja seine Leute! – sondern eher Parteidisziplin. Die hat er, das haben die Spitzen seiner Partei wohl erkannt, und deshalb werden sie ihn wohl holen, noch bevor ihn die Brandenburger abgewählt haben. Ihn, den MP Dr. rer. nat. Dietmar Voitke.

JOHANNES MADEJA

Barnimer Kulturpreis 2017

Der Kulturpreis 2017, verliehen von den Barnimer Bündnisgrünen und wiederum mit einem Preisgeld in Höhe von 750 Euro dotiert, geht an die Prendener Künstlerin SABINE VOERSTER.

Sabine Voerster erhält den Preis als Anerkennung für ihr gesamtes kulturelles Wirken im Landkreis Barnim. Insbesondere für die Sichtbarmachung und Vernetzung bildender Künstler und ihr tolles Engagement für die kulturelle Bildung von Schülern.

Sabine Voerster, Fotografin, Jahrgang 51, lebt und arbeitet seit dem Jahr 2000 im Wandlitzer Ortsteil Prenden. Seit dieser Zeit wirkt sie auch für die Vernetzung von Künstlerinnen und Künstlern der Region. Zum Beispiel organisiert sie wiederkehrende Veranstaltungen wie das »Barnimer Kunstfrühstück«, das an wechselnden Orten stattfindet. Unter ihrer Ägide entstand der »Infopunkt Kunst« Barnim, eine Webseite mit einem Index freiberuflicher

Barnimer Künstler aus den Bereichen Malerei, Grafik, Bildhauerei, Installation und Fotografie. 2015 und 2017 gab Infopunkt Kunst zwei gedruckte Kataloge mit den Porträts von insgesamt 64 Künstlern aus dem Landkreis heraus. Sie dienen als Wegweiser durch die Atelierlandschaft unserer Region.

Infopunkt Kunst brachte 2011 auch das Modellprojekt »Künstler für Schüler« auf den Weg. Seitdem entstanden unter der Mitwirkung regionaler Künstler zahlreiche interessante Kunstprojekte im Rahmen des Unterrichts. Viele Schüler wurden an die bildende Kunst mit ihren verschiedenen künstlerischen Ausdrucksformen und Techniken herangeführt.

KARL-DIETRICH LAFFIN

Die Widersprüche

Ich spreche mit einem jungen Mann. Er hätte die Möglichkeit, ein altes kleines Haus mit Garten zu kaufen, dann müsse er keine Miete mehr zahlen und könnte im Garten einiges zur Selbstversorgung haben. Als er nach einem Kredit fragt, bekommt er zu hören, daß er sich bei seinem geringen Lohn keinen Kredit leisten kann. Er sei ja nicht fähig, die Schulden abzu zahlen, da sein Einkommen mal gerade zum Überleben reicht.

Der Reiche, der schon ein halbes Wohnviertel gekauft hat, bekommt natürlich den gewünschten Kredit, um auch die andere Hälfte noch zu kaufen. Damit er sich und die Bank mit den Mieteinnahmen weiter bereichern kann. So läßt der »sein Geld« arbeiten. Das ist ja ganz normal in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung!

Diese Gesellschafts-Unordnung sollte ent-rümpelt werden meint DIE ROTE OMA

Wenn Kai H. Warnecke, Präsident des Verbandes von Immobilieneigentümern, meint, daß die Dimensionen der Kanalisation zur Größe der Bevölkerung passen müssen, dann ist er den Ursachen der Unterschiede schon ziemlich nahe gekommen. Seine Feststellung ist besonders deshalb bemerkenswert, als der Mann wahrlich nicht in dem Verdacht steht, der Bürgerbewegung »Wasser/Abwasser« nahezustehen. Prof. Dr. Wilhelm Rippl von der TU Berlin, der jetzt seinen Ruhestand in seiner Heimat Österreich genießt, hat es nicht nur einmal noch deutlicher gesagt: »Ein Klärwerk auf dem Dorf ist so überflüssig wie ein Kropf«. Nicht in erster Linie wegen der Kosten, sondern weil wir uns eine Verarmung der Böden und eine Verschmutzung der Fließgewässer nicht leisten können.

Wir in Brandenburg leisten uns flächendeckend Großklärwerke und tausende Kilometer Kanäle mit negativen Folgen für Böden und Gewässer und nicht mehr hinnehmbare Kosten zulasten aller Steuerzahler. Natürlich werden diese Tatsachen vielstimmig bestritten und damit die Warnungen des Umweltbundesamtes vor den sieben Sackgassen der »klassischen Klärwerkstechnik« (Vortrag Prof. Dora 1997) in den Wind geschlagen. Es geht nämlich um viel Geld, sehr viel Geld!

Die Gebühren in und um Eberswalde sind – etwa im Vergleich zu Berlin – einsame Spitze! Über die Gründe kann man trefflich philosophieren und das wird auch mit Fleiß praktiziert. Ein springender Punkt ist immer die Vergleichbarkeit angesichts der »komplizierten Gebührensätzungen«. Um eine Vergleichbarkeit zu erreichen, hat IW eine vierköpfige Musterfamilie erfunden, die einen eigenen Anschluß an die Trinkwasserversorgung und die Kanalisation hat und auf 120 Quadratmetern Wohn-

Dauerbrenner Abwassergebühren

Positionen und Vergleiche im Rechtsstaat

Das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) hat die Abwassergebühren in den 100 größten deutschen Städten verglichen und »drastische Unterschiede« festgestellt. Das ist nun wirklich keine Neuigkeit. Um das zu erfahren brauchten wir das IW und seine gewiß nicht billige Studie nicht. Aber warum ist das so?

fläche bei 200 Quadratmetern Grundstücksfläche lebt. So berichtet MOZ am 29.06.2017.

120 Quadratmeter Wohnfläche für vier Personen: kann sich das eine Musterfamilie leisten und kommt es darauf überhaupt an? Wieviel Wasser diese Familie braucht, das hat uns MOZ schamhaft verschwiegen, aber nur das ist entscheidend, denn die Größe der Wohnfläche oder des Grundstücks ist für einen Kostenvergleich bei Abwasser wohl eher unerheblich.

Wir erfahren auch nicht, ob die Familie für den Anschluß an die Kanalisation einen Erschließungs- und/oder einen Anschlußbeitrag bezahlen mußte und was der Anschluß des Hauses, also die Leitung vom Sammelrohr bis zum Kontrollschacht, gekostet hat. Diese Kosten werden von den Entsorgern genau so gern »vergessen«, wie die verbrauchsunabhängigen sogenannten Grundgebühren. Danach bleiben erhebliche Zweifel, ob das IW wirklich Vergleichbarkeit erreicht hat.

Um die Zweifel auszuräumen blieb nichts anderes, als die Studie selbst gründlich zu lesen und auszuwerten. Das habe ich getan.

Ergebnis: Für die vierköpfige »Musterfamilie« wurde ein Wasserbedarf von 178 m³/a angesetzt, das entspricht 122 l je Person und Tag. Beiträge für Investitionen sind nur dann in den Vergleich eingegangen, wenn sie in Form eines Kanalbeitrages erhoben wurden, nicht jedoch, wenn sie auf die Anschlußnehmer abgewälzt wurden. Die Berücksichtigung des Nie-

derschlagswassers – in vielen Städten erfolgt die Ableitung von Niederschlagswasser und Schmutzwasser noch nicht getrennt – erschwert die Herstellung der Vergleichbarkeit. Um bei Schmutzwasser vergleichen zu können, hätten die Kosten für die Aufbereitung von Niederschlagswasser herausgerechnet werden müssen, das ist jedoch nicht erfolgt.

Wenn man vergleichen will und wenn der Vergleich korrekt sein soll, dann kommt es darauf an, alle Kosten, also auch Einmalbeiträge für Investitionen, einzubeziehen – jedenfalls mit einem Abschreibungssatz – natürlich auch diejenigen Beiträge, die auf die Anschlußnehmer abgewälzt wurden. Wer gar gezwungen oder überredet wurde, sich an den Kanal anzuschließen und seine neue Sammelgrube oder Aufbereitungsanlage stillzulegen, der hat sogar richtig viel Geld »in den Sand gesetzt«. Ein solcher echter Verlust läßt sich wohl kaum in einer Vergleichsrechnung unterbringen und war natürlich auch nicht Gegenstand der Studie.

Fazit: Die Bemühungen um Herstellung von Vergleichbarkeit scheinen mir nicht so recht gelungen. Die Musterfamilie ist keine, Wohnfläche und Verbrauch sind von »Normalwerten« zu weit entfernt und wichtige Kostenbestandteile wurden einfach nicht einbezogen. So wurden Kosten klein gerechnet und damit geschönt.

JOHANNES MADEJA
(Fortsetzung folgt)

Zuvor lassen sich die Mitglieder am Runden Tisch von den Verwaltungen der Stadt Eberswalde und des Landkreises Barnim informieren, hören die neuesten Informationen von Trägern und Einrichtungen, diskutieren über die aktuelle Situation in Eberswalde und bereiten Aktivitäten vor. Dazu gehören der Freiwilligentag und der Frühjahrsputz »Sauberswalde«.

Der Film »Deportation Class« läuft dann ab 19 Uhr im Saal des BBZ. Erstmals wird darin ein umfassendes Bild von Abschiebungen in der BRD gezeichnet. Von der detaillierten Planung einer Sammelabschiebung über den nächtlichen Großeinsatz in den Unterkünften der Asylbewerber bis zu ihrer Ankunft im Heimatland und der Frage, was sie dort erwartet.

Nach Monaten der Vorbereitung hatten die Regisseure Carsten Rau und Hauke Wendler (beide Jahrgang 1967) die Möglichkeit, in Mecklenburg-Vorpommern eine Sammelabschiebung zu filmen. Dabei wurden 200 Asylbewerber nach Albanien ausgeflogen: Hochaktuelle, bewegende, teils schockierende Bilder, die in der BRD so noch nicht zu sehen waren.

Treffen am Runden Tisch »Willkommen in Eberswalde«

»Deportation Class«

Eberswalde (bbp). Das nächste Treffen der Initiative Runder Tisch »Willkommen in Eberswalde« findet am Freitag, dem 23. Februar, ab 17 Uhr im Bürgerbildungszentrum (BBZ) Amadeu Antonio (Puschkinstr. 13, 16225 Eberswalde, Raum 225) statt. Das besondere sei diesmal, informiert der Sprecher der Initiative Stefan Schmiedel, eine anschließende Filmvorführung, die Steffen Ehlert organisiert hat.

Der Film gibt auch denjenigen ein Gesicht, eine Stimme und damit ihre Würde zurück, die in den Nachrichten nicht zu Wort kommen: Menschen wie GEZIM, der in Deutschland auf eine bessere Zukunft für seine Kinder hoffte. Oder die Familie von ELIDOR und ANGJELA, die vor der Blutrache fliehen mußte und nach der Abschiebung in Albanien ins Bodenlose stürzt.

Fünf Jahre sei es her, erzählen Rau und Wendler, daß sie ihren unseren Dokumentarfilm »Wadim« fertiggestellt haben. »Ein Film über einen jungen Flüchtling, eben jenen Wadim, der nach einer Kindheit und Jugend in der BRD mit 18 Jahren aus seiner Familie herausgerissen und allein abgeschoben wurde. Ein paar Jahre später nahm Wadim sich das Leben. Für uns stand

damach fest, daß wir keinen weiteren Film zu Abschiebungen machen würden. Weil die Arbeit an diesem Projekt für alle Beteiligten hart war. Und weil wir damals glaubten, alles gezeigt zu haben, was wir zu diesem Thema zu sagen haben.«

Fünf Jahre später, im Frühjahr 2016, sah die Welt plötzlich anders aus. Durch Zufall ergab sich die Möglichkeit, in Mecklenburg-Vorpommern eine Sammelabschiebung zu filmen. Eine einmalige Gelegenheit. Denn Abschiebungen lassen sich nicht allein anhand der Schilderungen von Betroffenen diskutieren. Es brauche, meinen die Regisseure, »die harten, teils brutalen Bilder dieser oft nächtlichen Einsätze, um zu vermitteln, worum es bei diesem Thema tatsächlich geht«.

Zappenduster in Bernau

Die Bernauer City incl. der nördlichen und östlichen Randlagen (Nibelungen, Puschkinviertel, Rollbergeck) war in der Nacht zum 4. Februar wegen eines Stromausfalls incl. Straßenlicht ab 0.12 tot bis gegen 2.35 Uhr.

Der neuerliche Stromausfall in der Nacht hat mich um den Schlaf gebracht. Da dies in den letzten Monaten häufiger vorkommt, mache ich mir Gedanken, ob Stromausfälle so ganz ohne Naturkatastrophen bei allem sonstigen Lob über die Stadtwerke eine Normalität sein sollen. Vielleicht findet man es da ja modern, wenn den Leuten die Feinkost in der Gefriertruhe auftaut oder die Heizung ausfällt. Während dunkle Gestalten durch die Straßen

laufen, hüllen sich die politisch Verantwortlichen dazu in Schweigen. Was soll man auch machen, wenn Bernau zwar schwarze Zahlen schreibt aber in einer ganz entscheidenden Frage keine eigene Power hat? Wäre dies vielleicht doch ein Thema für die Stadtverordneten?

Allerdings hat das zwangsweise Abschalten des Alltags Dank der Stadtwerke auch etwas Gutes. Auf diese Art ist der alltägliche Ärger mit dem Handy-Update, miesen Durchhängern beim Internet, der X-Box oder ärgerlichen Bugs auf dem Computer schnell vergessen.

Merke: An überzüchteter Technik läßt sich wundervoll die Kunst des Abschaltens üben.

THOMAS TOBLER

Schallüberprüfung der Bernauer Windräder

Die Fraktion BVB/Freie Wähler Bernau hat für die kommende Stadtverordnetenversammlung einen Antrag zur Schallüberprüfung der bestehenden Windräder auf Bernauer Gebiet gestellt.

Der flächendeckende Ausbau der Windkraft in der Nähe von Wohnsiedlungen wird zunehmend kritisiert. Dabei stößt vor allem das Abholzen von Wäldern zur Errichtung der Anlagen und die Tötung bzw. Vergrämung geschützter Vogelarten (Seeadler, Rotmilane) und Fledermäusen auf besonderes Unverständnis. Hinzu kommt, daß durch Einspeisevergütung und Netzentgelte inzwischen in Brandenburg mit die höchsten Strompreisen gelten.

In Bernau stößt vor allem die geplante Errichtung von Windrädern im Liepnitzwald auf Ablehnung. Doch auch das vermehrte Zubauen in bzw. an den Ortsteilen Ladeburg, Lobe-

tal, Börnicke, Birkholz und Birkholzaue stellt eine massive Beeinträchtigung dar. Bemerkenswert ist, daß in den vergangenen zwei Jahren in ganz Brandenburg gerademal 28 Windräder von Amts wegen schallüberprüft wurden, hiervon im Barnim 1, in Bernau 0.

Angesichts der immer größer werdenden Anlagen samt steigenden Schallbelastung und der Planung weiterer Anlagen auf dem Gebiet der Stadt Bernau braucht es einer angemessenen kommunalen Reaktion.

Die Stadt Bernau soll daher einen Antrag ans Landesamt für Umwelt stellen, um eine Immissionsüberprüfung der bestehenden Anlagen vorzunehmen. Dabei wird empfohlen, sich auf Anlagen ab einer Nabenhöhe von 120 Metern zu beschränken, um sich auf die besonders problematischen Fälle konzentrieren zu können.

PÉTER VIDA

Schweinehaltung in Mehrow rechtswidrig

Nach einer langen juristischen und für die Bewohner Mehrows nervenaufreibenden Hängepartie zeigt sich nun: die Anwohner gegen die Schweinehaltung mitten im Dorf haben vor Gericht Recht bekommen.

Wie Erinnerung, sorgten Schweine und Gänse für enorme Geruchsbelästigung und Lärm sowie schonungslosem Umgang mit Natur und Umwelt. Anwohner wollten das nicht hinnehmen und wandten sich an den Landkreis. Dieser machte rückwirkend über ein Ordnungsgeld die weitere Tierhaltung von einer notwendigen Genehmigung abhängig und forderte die Einreichung eines Bauantrags. Dem folgte Anfang 2014 nach einigem Hin und Her und diversen Nachforderungen trotz massiver Einwendungen zur Art und Weise der Tierhaltung ohne Rücksichtnahme auf Anwohner, Natur und Umwelt der Genehmigungsbescheid des Struktur- und Entwicklungsamtes.

Anwohner wurden mit dem Hinweis, daß sie nicht als betroffene Nachbarn gelten und dem Verweis auf hohe Gebühren bei der Widerspruchsbearbeitung gedrängt, diese zurückzunehmen. Obwohl die Ahrensfelder Verwaltung samt Bürgermeister die Situation kannte und

der Flächennutzungsplan das Gelände als Bauland ausweist, wurde das Einvernehmen gegenüber dem Landkreis erteilt. Der Landtagsabgeordnete Péter Vida intervenierte 2015 bei der Landesregierung, die jedoch ebenfalls versuchte, die Verantwortung von sich zu weisen.

Doch das ist es jetzt endlich vorbei. Das Landgericht Frankfurt/Oder erklärte am 23. Januar den Genehmigungsbescheid des Landkreises für rechtswidrig. Begründet wurde das unter anderem wie folgt: Die für die Baugenehmigung vom Antragsteller vorgelegten Unterlagen sind unvollständig und widersprüchlich. Es liegt keine ordnungsgemäße Betriebsbeschreibung vor. Die Betriebsbeschreibung steht im Widerspruch zum vorgelegten Gutachten betreffs der die Nachbarn zu schützenden Belange. Es gilt nun zu prüfen, wie es sein konnte, daß die Kreisverwaltung diese Rechtswidrigkeit duldet und sogar goutierte.

Dr. WOLFGANG UNGER

Der letzte Alt-Baum fällt



Foto: GERO MÄRKWANN

Eberswalde (bbp). Der Sprecher der »Initiative baumlos Bauen in der Stadt« (IbBiS) LARS ZIEGLER übermittelte der Geschäftsführung der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow e.G. die »besten Grüße und Glückwünsche«.

IbBiS setzt sich nach Aussagen seines Sprechers seit mehreren Jahren sehr erfolgreich dafür ein, den lästigen Baumbewuchs möglichst nachhaltig aus allen städtischen Wohn- und Gewerbegebieten zu entfernen. Auf daß kein Laub mehr gefegt werden muß, Belästigungen durch Insekten ausbleiben und das nervende Gezwitscher diverser Kleinvögel nicht mehr die Morgenruhe stört.

Hintergrund der euphorischen Wortmeldung des IbBiS-Sprechers ist die Tatsache, daß es der WBG und einer zuverlässigen Baumrösterfirma aus dem Eberswalder Umland am 12. Februar gelungen ist, den wohl letzten ausgewachsenen Baum (eine Birke) auf dem Grund und Boden der Genossenschaft im vorderen Bereich der Prenzlauer Straße in Rekordzeit abzusägen, zu schreddern und die Überreste vollständig abzutransportieren.

Lars Ziegler bedauert, daß die Bewohner der Prenzlauer Straße künftig wohl oder übel auf das anheimelnde Geräusch der Kettensägen verzichten müssen – es sind keine Bäume mehr da, die abgesägt werden können.

53 Prozent

Das ist der Umfang der Preissteigerung bei ausgewählten Lebensmitteln seit September 2017, also innerhalb von 5 Monaten. So kostet mittlerweile die PET-1,5-Liter-Flasche Apfelschorle vom Discounter NETTO 0,75 Euro plus Pfand. Im September letzten Jahres lag der Preis noch bei 49 Cent. (jg)

Barnimer Bürgerpost abonnieren!
www.barnimer-buergerpost.de

Vergessener Völkermord

Die Vernichtung von Sinti und Roma

Bernau (bbp). Am 27. Januar 1945 hat die Rote Armee das Vernichtungslager Auschwitz befreit. Seit einigen Jahren ist dieser Tag in der BRD offizieller Gedenktag für die Opfer des faschistischen Terrors, der im offiziellen Sprachgebrauch »nationalsozialistisch« heißt.

Zu den Opfern zählen auch schätzungsweise 100.000 ermordete Sinti, Roma und sogenannte »Zigeunermischlinge«, berichtet Dr. Dieter Korczak. »Wie die Dokumente des Bernauer Stadtarchivs zeigen, gehören in Bernau acht Familien mit insgesamt 42 Kindern zu den Opfern. Mit bürokratischem Eifer wird ab 1939 ihre Vertreibung aus Bernau betrieben. Im März 1943 meldete die Bernauer Polizei-Dienststelle an die Oberpolizeidirektion, daß Bernau 'zigeunermäßig' sei.« Anhand bislang nicht ausgewerteter Originaldokumente aus dem Bernauer Stadtarchiv wurden in der »Galerie Bernau« am Holocaust-Gedenktag die Aktivitäten der Stadt, der Polizeidienststelle und der Bevölkerung nachvollzogen. Die Dokumente beschreiben das Schicksal der Bernauer Familien Rose, Schmidt und Schopper bis zu ihrer Deportation. Außerdem gab es Informationen zum Zwangslager Marzahn sowie Gedanken zum Holocaust der Roma und Sinti.

Es lasen: Prof. Carl-J. Kaltenborn: Gedanken zum Holocaust, Dr. Dieter Korczak: Dokumente aus dem Bernauer Stadtarchiv, Herbert Klage: Das Sinti- und Roma-Zwangslager Marzahn, Margot Ziemann: Holocaust der Roma und Sinti.

Umfrage zur Sicherheit

Mit der Schaffung der neuen Stelle im Ordnungsamt auf Initiative von DIE SPD-Fraktion wurde ein erster Schritt in die richtige Richtung gemacht. Nun ist es an der Zeit konzeptionell zu arbeiten, denn es ging bei dieser zusätzlichen Stelle nie um eine etwaige bessere Parkraumbewirtschaftung oder ähnliches. Sie war ein erster Schritt die Präsenz des Ordnungsamtes zu stärken und den Beginn der Erarbeitung eines **eigenen kommunalen Sicherheitskonzepts** einzuläuten. Sicherheit ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Zunächst müssen wir eine Idee von den Sicherheitsrelevanten Problemen in dieser Stadt bekommen. Wichtig sind dabei nicht nur Kriminalstatistiken. Viel wichtiger ist die Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Deshalb bittet DIE SPD-Fraktion die Eberswalderinnen und Eberswalder bis Ende Februar, uns ihre persönliche Wahrnehmung in ihrem Umfeld im Guten wie im Schlechten zu schildern.

Wo liegen Probleme? Was läuft bereits gut? Was könnte und müßte Ihrer Meinung nach verbessert werden? All diese Ideen möchten wir sammeln (Mail: stadtfraktion@spd-eberswalde.de, Postanschrift: DIE SPD-Fraktion, Karl-Marx-Platz 4, 16225 Eberswalde

HARDY LUX

Rechtsruck und »Linksoffensive«

Der größte Gewinn, den die Linkskräfte Lateinamerikas und der Karibik in den vergangenen 28 Jahren in ihrem Kampf erzielten, ist ihre Einheit, wie sie im Forum von Sao Paulo zum Ausdruck kommt. Das politische Hoch der Linken, das mit dem Sieg von Hugo Chávez in Venezuela Ende 1998 aufzog, brachte den Einheitsprozeß. Der wiederum schuf handfeste Tatsachen wie ALBA, Petrocaribe und CELAC. Linke Parteien gewannen Wahlen und kamen an die Regierung. Nun zieht das Tief eines Rechtsrucks über Lateinamerika. Es führte dazu, daß einige linke Parteien Wahlen verloren oder die Regierungshoheit abgeben mußten.

Das 21. Treffen des Forums von Sao Paulo, das im Sommer 2015 in Mexiko-Stadt stattfand, kennzeichnete die Jahre nach der Entstehung des Forums als eine der erfolgreichsten und einzigartigsten Erfahrungen der Linken in der lateinamerikanischen und karibischen Region. Als es gegründet wurde, regierte nur in Kuba eine linke Partei. Nach 25 Jahren standen in Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Ecuador, El Salvador, Nicaragua, Uruguay und Venezuela linke Kräfte in den Regierungen.

Und doch mußten bereits damals Linke durch Staatsstreich die Regierung abgeben, wie in Honduras und Paraguay. Wobei es sich bei Manuel Zelaya in Honduras eher um einen gemäßigten Liberalen handelte. Aber seine Annäherung an ALBA und Petrocaribe reichte als Grund aus, um ihn wegzuputschen.

Die Rechte konnte ihre Ziele nicht mehr mit demokratischen Mitteln erreichen. DANIEL ORTEGA erklärte dazu: »Sie haben uns die Regeln des bürgerlichen Parlamentarismus, durch Wahlen an die Macht zu gelangen, aufgezwungen. Wenn wir aber auf ihrem demokratischen Weg an die Regierung kommen, setzen sie alle undemokratischen Mittel ein, um uns daraus wieder zu verdrängen.«

Den Linkskräften war und ist durchaus bewußt, daß ihre Offensive der vorausgegangenen Jahre vom nationalen bürgerlichen Lager, unterstützt vom USA-Imperialismus, nicht stillschweigend zur Kenntnis genommen wird. Die bürgerlichen Kräfte haben ihre Arsenale in Stellung gebracht. Das 21. Treffen des Forums von Sao Paulo schätzte ein, daß die bürgerlichen Kräfte »mediale, wirtschaftliche, politische und soziale Strategien eingeführt haben, um im günstigsten Falle ein direktes militärisches Eingreifen zu rechtfertigen. Die Rechten streben eine neue Attacke an, welche die Wiedererrichtung des Neoliberalismus in den Ländern, die von Linken regiert werden, zum Ziel hat... Die Regierungen der USA und anderer imperialistischer Mächte streben danach, Tatsachen zu schaffen, welche die wirtschaftliche, kommerzielle, politische und kulturelle Integration der lateinamerikanischen und karibischen Völker stören sollen...«

I.

Die deutschen Linken machen sich Sorgen um den Rechtsruck in Lateinamerika und der Karibik. Einige von ihnen äußern sich, als würde in Europa gerade eine Linksoffensive stattfinden. In ihrer »Linksoffensive« treffen sie Einschätzungen, ziehen Schlußfolgerungen und erteilen Ratschläge, als verfügten sie über hinreichende Erfahrungen. Natürlich haben in



Das vereinte Lateinamerika wird erlöst, das nicht vereinte wird sterben. Compañeras und Compañeros! Arbeiten wir für diese Vereinigung, um die wahre Unabhängigkeit unserer Völker sicherzustellen

AUGUSTO CESAR SANDINO

jüngster Zeit einige linke und Fortschrittsparteien in Lateinamerika und der Karibik Wahlniederlagen hinnehmen müssen oder sie wurden kalt weggeputscht. In Venezuela ist die Lage weiterhin kritisch. Wir vertrauen darauf, daß die kubanischen Genossinnen und Genossen das Ruder in der Hand behalten. Die Öffnung Kubas hat ihre Gefahren. Wir wissen, zu welchem Ergebnis die Strategie des Wandels durch Handel führen kann. Wobei noch gar nicht klar ist, ob die USA-Administration sie anwenden wird.

Die Entwicklungen der letzten zwei Jahre bestätigen die Einschätzung des Forums von Sao Paulo. Sie sind für mich authentischer als das, was deutsche Linke zu wissen scheinen. Ich denke, daß es sinnvoller wäre, wenn die deutschen Linken die Entwicklungen in Lateinamerika und der Karibik nicht nach europäischen Maßstäben beurteilten. Und konstruktiver wäre es, wenn die Schlußfolgerungen und Ratschläge aus eigenen Erfahrungen stammten.

Die Linken Europas, auch die der Bundesrepublik Deutschland, haben in den letzten 28 Jahren keine vergleichbaren Ergebnisse in ihrer Entwicklung aufzuweisen.

Wo kamen linke Kräfte an die Regierung? (Hoffentlich nennt niemand die Regierungseteiligung der Partei DIE LINKE in einigen Bundesländern.) Und welche linke Sammelbewegung gibt es, die mit der des Forums von Sao Paulo vergleichbar wäre?

WOLFGANG HERRMANN

Der medizinische Beweis von Trumps stabiler Genialität

»Haben Sie auch schon einmal den Moca probiert?« fragt Schweyk die TAZ-Redakteurin im Café Einstein.

»Den Mocca? Nein! Sie wissen doch, daß ich auf Latte Macchiato stehe, ich weiß, Sie halten das für eine Modetorheit, Sie trinken bekanntlich lieber Schwarzbier, was soll Ihre Frage nach dem Mocca?«

»Das ist ein Mißverständnis, ich wollte mit Ihnen doch nicht die Getränkekarte des Einstein diskutieren, sondern den jüngsten Befund zu TRUMPS Geisteszustand, der auch in Ihrer Zeitung oft genug in Zweifel gezogen wird.

MOCA ist die Abkürzung für einen kognitiven Leistungstest, das Montreal Cognitive Assessment, das gibt es in 55 Sprachen, ist also weit verbreitet, aber keine Bange, Sie werden dabei nicht in 55 Sprachen getestet, obwohl das unseren Trump auch nicht beeindruckt hätte. Der Mann ist ja ein 'stabiles Genie', wie er neulich erklärt hat. Das ist nicht eine überzogene Selbsteinschätzung des Präsidenten, sondern, wie er immer wieder versichert, ein Fakt.

Ich weiß schon, Sie denken da sofort an die alternativen Fakten, aber da sind Sie auf dem Holzweg, denn der Präsident hat sich von dem Militärarzt Ronny Jackson untersuchen lassen. Das ist nicht irgendein Militärarzt, wie ich ihn

noch kennengelernt hab, als ich seinerzeit vor die k.u.k.-Musterungskommission geladen wurde, wo sie mich gleich als Halbidioten superarbitriert haben... Nein, das ist ein Konteradmiral, der die neuesten Untersuchungsmethoden anwendet und nicht nur den Puls des Präsidenten fühlt und den Kreislauf mißt, nein, dieser Musterungsarzt hat dem Präsidenten auch den MOCA vorgelegt und, was hat sich gezeigt, der Präsident hat die volle Punktzahl erreicht, die bei diesem Test zu erreichen waren, alle 30 Punkte.

Und der Konteradmiral kontert die blöden Witze, die man sich über TRUMPS Geisteszustand erzählt, mit dem knallharten Befund für den 71Jährigen, es gebe 'kein Anzeichen, daß er irgendein kognitives Problem hat', ein Gewichtsproblem aber schon bei seinen 108 kg. Das also ist Fakt. Da bin ich gespannt, was die Presse daraus macht.«

»Herr Schweyk, Sie wissen schon, wie dieser Test aussieht? Da sind einfache Abbildungen von Tieren zu bezeichnen, da ist eine Zahlenreihe von drei Elementen, sagen wir 472 in umgekehrter Reihenfolge anzugeben und eine Uhrzeit ist zu skizzieren – auf einem analogen Zifferblatt, das die Testperson auch zu zeichnen hat. Kurz, die geistigen Herausforderungen dieses Tests halten sich in Grenzen. Der Test dient der frühzeitigen Diagnose

von Altersdemenz. Schön, wenn sie beim Präsidenten nicht festgestellt worden ist.«

»Aber gnädige Frau, gestattens, daß ich widerspreche. Sie unterschätzen die Anforderungen des MOCA total. Bitte bedenken Sie, in den USA gibt es keine Löwen, da gibt es auch keine Kamele, außer im Zoo. Für einen Zoobesuch aber hat der Präsident keine Zeit, die hatte er auch vor seiner Präsidentschaft nicht. Und der Präsident hat diese exotischen Tiere alle – ja alle! – fehlerfrei erkannt und die richtige Bezeichnung der jeweiligen Abbildung korrekt zugeordnet.

Der Präsident, das wissen Sie, kommt aus der Immobilienbranche und ein bißchen aus dem Showbusiness, da begegnet Ihnen nur sehr selten ein Kamel und wenn Sie eins sehen, zum Beispiel auf der Camelschachtel, dann ist es ein Dromedar! Und der Präsident hat diese Klippe auch bewältigt und das Kamel mit seinen zwei Höckern gleich erkannt. Das ist für einen Immobiliencycoon einfach genial.

Aber eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr als daß die Presse eine objektive Leistung des Präsidenten anerkennen würde.

So ist es und so wird es sein, auch noch am Freitag nachm Krieg in Prag im Kelch.«

Abschrift des Abhörprotokolls, eidesstattlich bezeugt von HARTMUT LINDNER

Achtsam durchs Leben gehen

Heute sind's drei Tage vor Monatsende und ich ernähre mich nur noch von Pfennigresten im Portemonnaie. Das Leben wird immer teurer. Die Butter, das Bier, der Tabak. Während andere ihr dreizehntes Monatsgehalt für den Skiurlaub verplanen, überlege ich, ob ich meine Altersvorsorge nicht gleich zum Bestattungshaus bringe. Da kann mein Geld dann wenigstens arbeiten.

Bücherläden sind für mich mittlerweile zu NO-GO-AREAS geworden. Mal ist es was Geschichtliches, mal was Philosophisches, mal was mit Fotos – immer rufen die Schmöker mit Sirenenstimmen »Nimm mich mit! Nimm mich mit!« Und ich mit meinem schwachen Willen kann nicht widerstehen ... so kommt es zur gähnenden Leere am Monatsende [siehe oben].

Die Schränke sind auch längst alle voll. Und nicht nur mit Büchern. Ordner über Ordner. Schule, Studium, Ausbildung, Job-Projekte. Kann man das nicht alles einfach mal weg-schmeißen? Oh, nein! Die Heiligtümer der Biografie – die Leidensgeschichten in Schwarz auf Weiß, Blau auf Beige.

Und immer kommt neues hinzu: Neue Pamphlete, neue Ausdrucke, neue Ergüsse über Gott und die Welt. Und dann noch die Zeitungsartikel: Sorgfältig ausgeschnittene Fotos von TB, relevante Analysen von SK und Unverzichtbares von VP. Ich hätte Archivar werden sollen! Doch die provisorischen Klappord-

ner verbeulen den ganzen Stapel im Regalfach. Wenn ich mal die Hufe hochlege, hat meine liebe Schwester allerhand zu tun. Aber in so eine Papiertonne paßt ja eine ganze Menge rein. Und die Neffen werden andere Sorgen haben, als Onkels alte Texte zu lesen.

Die Wohnung könnte auch mal eine Grundreinigung gebrauchen. Doch wie soll ich eine ukrainische Putzfrau bezahlen? Ich bekomme ja nicht mal selber Mindestlohn. Also mal ein bißchen fegen, hier und da etwas wischen, Staubmäuse aufsammeln ... da kommt man schon ins Schwitzen! Aber wenn man mal geschafft hat, das Klo zu putzen, fühlt sich das Leben gleich wieder beschwingter an und ein angenehmer Stolz erfüllt die Brust. Man könnte jetzt sogar Besuch empfangen.

Man müßte auch auf eine gute Ernährung achten. Nicht immer nur Laugenstangen oder eine schnelle Bockwurst. Doch Kochen ist nicht jedermanns Sache. Bei drei Töpfen auf dem Herd verliert man schnell den Überblick. Wo muß ich jetzt rühren? Ist das schon gar? Und da kocht es gleich über! Das ist Hochleistungsmultitasking. Damit wären sogar Supercomputer überfordert. Aber nicht meine 80-jährige Nachbarin! Wenn sie Kartoffelpuffer macht, riecht man es schon drei Aufgänge weiter. Manchmal bekomme ich sogar einen ab ...

Vor dem Essen kommt das Einkaufen. Wer nicht über einen SUV-Panzer verfügt, in den



man für die ganze Woche Lebensmittel einladen kann, muß wohl oder übel jeden Tag zum Discounter wackeln, um sein Mineralwasser, seine Schorle und seinen Joghurt zu erbeuten. Das Brot vom Bäcker schmeckt aber besser als das verpackte, also ist man auch dort fast jeden Tag. Zahnpasta und andere Dinge holt man vom Drogeriemarkt. Dorthin bringt einen der Obus, der immer gut gefüllt ist – wegen der Auslastung.

Mit dem Einkaufen, dem Nicht-Kochen, dem Wäschewaschen, dem Nicht-putzen, dem Bücherlesen, dem Artikelausschneiden und dem Busfahren ist man den ganzen Tag ausgelastet, so daß man sich wundert: Schon wird's wieder dunkel! Die Krähen draußen haben von alledem nichts gemacht und sammeln sich zum Schlafengehen. Ich lasse den Fernseher aus, setze mich aufs Sofa, in der Hand den letzten Schmöker von Anselm Grün, der lautet »Versäume nicht dein Leben.«. Genau die richtige Lektüre!

Männer Dopke kam ums Leben, als sein Moped in Lichterfelde aus der Spur geriet und er so unglücklich stürzte, daß ihm nicht mehr zu helfen war.

Sein jäher Tod ließ nicht nur seine Familie, sondern auch viele, viele andere trauern: Ehemalige und derzeitige Schüler, Sportfreunde, Kollegen und Nachbarn. Männer war nicht schlechthin bekannt – er war berühmt im ganzen Finowtal. Nicht nur seiner Fähigkeit wegen, aus dem Stand einen Salto vorzuführen zu können! Nicht nur, weil er mehr als sein Eigengewicht stemmen konnte, und nicht allein wegen der vielen Witze aller Stil- und Spielarten, die – sich selten wiederholend – er oft und gern erzählte.

Der kleine muskelbepackte Mann war das, was heutigentags mit dem schon etwas abgegriffenen Wort »Urgestein« bezeichnet wird, womit jemand gemeint ist, der schon lange und immer noch auf speziellem Gebiet wirkt. Männes Spezialgebiet war der Sport. Für den lebte er, ihm war er gleichsam verfallen.

Im Arbeitersportverein Fichte fing alles an. Andere junge Männer glitten in den Jahren der Krise am Ende der 20er Jahre ins Asoziale ab, verloren sich im Suff oder krochen den Nazis auf den Leim. Männer indes hatte eine Spitzenposition erreicht. Zusammen mit ein paar Freunden, Kraftakrobaten allesamt, gründete er eine Sportlergruppe, die Freude daran fand, sich in Blitzesschnelle zu einer menschlichen Pyramide zu verwandeln. Ein Steher unten, zwei Mann auf dessen Schultern, erneute Aufstockung. Der Vorletzte ging kurz in die Hocke, so daß, wieselflink, Hermann Dopke emporklettern und mit einem grandiosen Handstand auf des Untermanns Schädel dem Bauwerk aus Männerleibern die Krone setzen konnte. Trommelwirbel, langer Beifall.

Mit dieser Nummer zogen die Pyramidos von Sportverein zu Sportverein, ließen aber auch Faschingsfeiern oder Innungsvergnügen nicht aus. Die Gagen waren nicht üppig, aber den meist erwerbslosen Turnern sehr willkommen. Als, Jahre danach und weit weg vom Wasserturm, ein Kulturoffizier der Sowjetarmee in einem Kriegsgefangenenlager nach Künstlern suchte, um ein Kulturensemble zusammenzustellen, machte der Wehrmachtsgefreite Dopke auf sich aufmerksam. Warum denn sollte kraftsportlicher Pyramidenbau in einem Kulturensemble fehlen? Zumal der werbende Natschalnik Sonderverpflegung, passable Unterkünfte und ein paar andere Privilegien in Aussicht gestellt hatte.

Die Russen sind bekannt für ihre heftige Liebe für alles, was mit dem Zirkuswesen zu tun hat. Einem guten Trapezkünstler wird – noch heute – in Moskau mehr Jubel zuteil als manchem Popstar. Dieser Grundeinstellung hatte es Männer zu danken, daß er ohne weitere Prüfung in den Kader der Kulturgruppe aufgenommen wurde. Was das große Los zu sein schien, erwies sich nach und nach als Bitternis. War doch der bunte Haufe aus Mimen, Sängern,

Es war einmal...

Salto aus dem Stand

von Dr. Steffen Peltsch

Jongleuren, Schnellzeichnern und Kraftsportlern rekrutiert worden, um, eins nach dem anderen, die Kriegsgefangenenlager zu »bespielen«. Als die ersten längst aufgelöst, die zweiten fast aufgelöst und die dritten, die mit den wirklich schweren Fällen, Gegenstand der Verhandlungen mit Adenauer waren, tingelte das »Estradenensemble« noch immer durch das weite Sowjetland. So kam es, daß Männer Dopke erst sehr spät wieder nach Hause kam. Seine Erkenntnis: »Nie wieder melde ich mich freiwillig – egal wofür!«

Und sagte doch nicht nein, als man ihm anbot, als Sportlehrer zu arbeiten. Und außerschulische Trainingsgruppen zu betreuen. Und sich die Gelegenheit ergab, erneut ins Pyramidenfach einzusteigen. Und – natürlich – gab es auch kein Zögern, als man ihm anbot, als einer unter wenigen anderen Auserwählten die Olympiade in Rom zu besuchen. »Erzähl doch mal was von Italien«, hieß es oft, und dann geriet Männer ins Schwärmen.

Beim Unterrichten herrschte ein pädagogisch nicht immer ganz korrekter, aber kameradschaftlich-direkter Ton. »Beweg deinen fetten Hintern!« Oder »Du hängst in den Ringen wie ein nasser Sack!« Aber so unverblümt er Klartext sprach, so ungestüm konnte er loben, wenn ein Schüler dank redlichen Bemühens eine passable Leistung erbrachte. Und noch im reiferen Alter ließ er nicht davon ab, egal ob an Pferd, Barren, an den Ringen und sogar auf dem Schwebebalken zu demonstrieren, wie eine anständige Übung auszusehen hat. »Wenn ich det nich mehr kann, hör ick uff...«

Immer wieder kam es vor, daß Schüler ihn baten, ihnen seinen berühmten Salto aus dem Stand zu zeigen. Seine grundsätzliche Bereitschaft verband er aber mit konkreten Bedingungen. Es dürfe kein Mädchen vom Balken fallen, jeder Junge müsse wenigstens zehn Liegestütze schaffen oder kein Medizinball dürfe beim Zuwurftraining den Boden berühren. Wann und wo hat je ein Sportlehrer seine Zöglinge so motiviert?

Wenn aus der Turnhalle Jubel- und Applausgeräusche zum Schulhaus herüberwallten,

wußten die Kollegen, daß Männer eine erfolgreiche Turnstunde mit einer Luftrolle beendet hatte.

Einmal hatten sich die Finower Lehrer zu einer Faschingsfeier im »Haus der Jugend« am Kleinen Stern versammelt. Männer erschien als Sam Hawkins im Cowboyhemd und mit Trapperhut und sprach dem Biere und dem Korn ebenso zu wie alle anderen auch. Nur war er, der Sportsmann, nicht nur schneller in Stimmung, er fühlte auch rascher die Wirkung der Getränke, die nicht zu seinem Alltagskonsum zählten. Es schien ihm an der Zeit, rechtzeitig zu gehen, aber sich unauffällig wegzustehlen, war seine Sache nicht. Er ging zur Tür, feuerte seine Zündblättchenpistole ab, wünschte noch viel Vergnügen, drückte seinen breitkrepigen Hut fest in die Stirn und: Machte uns den freien Überschlag. Und ging nach Hause.

Der Lehrer, Trainer, Artist und Organisator zahlloser Sportfeste und Leistungsvergleiche hat viele Ehrungen erfahren, Urkunden, Pokale, Medaillen und Prämien. Darauf war er stolz, ohne je überheblich zu werden. Mitunter kann man bei Männern, die die Gene nicht zu Hünen werden ließen, einen unangenehmen, vordränglerischen Ehrgeiz beobachten. Nichts war Männer fremder als solches Verhalten. Er wußte auch ohne egozentrische Hampaehlen, was er wert war.

Sollte die Kommune für eine Finower Straße, für ein Plätzchen, für einen Veteranentreff oder eine Schule gar einen Namenspatron suchen, auch ein noch zu stiftender Pokal für Turnerwettstreite wäre zu bedenken, sollte der kleine große Recke den ersten Platz auf der Kandidatentabelle erhalten. Zumindest ein einverständiges Augenzwinkern des Geehrten aus dem Athletenhimmel wäre gewiß. Sollte es jedoch zum Jubeln der himmlischen Heerscharen kommen, könnte dies nur bedeuten, daß Männer aus schierer Freude seine unsterbliche Luftrolle quasi vor Augen des Allmächtigen demonstrierte.

In Gottes Namen – her mit einem Symbol der Erinnerung an einen, dessen heilige Hallen die Turnhallen waren.

Barnimer Wettbewerb für Illustration »Bernhard«

Eberswalde (prest-bar). Kinder und Jugendliche aus dem Landkreis Barnim können sich beim Wettbewerb für Illustration des Landkreises Barnim »Bernhard« beteiligen. Dazu müssen sie nichts weiter machen, als eine der Siegesgeschichten der Literaturwettbewerbe aus dem Vorjahr zu illustrieren. Mit der Geschichte »Die Insel der Pralinen« haben Dirk Petrick und Martina Göttching im vergangenen Jahr den Barnimer Literaturpreis »Eberhard« gewonnen. Diese Geschichte kann als Vorlage genutzt werden. Aber auch die Geschichte von »Das Leben im Schlaraffenland« von Nele Anouk Reibholz, die damit den Nachwuchspreis »Bernadette« gewinnen konnte, kann als Grundlage für eine Illustration genutzt werden (www.barnim.de). Die Illustrationen sind bis zum 15. März einzureichen. Als Gewinn winkt eine wertvolle Medaille des Metallkünstlers Eckhard Herrmann sowie 100 Euro Preisgeld. Eine Schule beziehungsweise Klasse kann darüber hinaus für besonders aktive Teilnahme einen Workshop mit einer bekannten Kinderbuchillustratorin gewinnen. Am 18. April 2018 wird der Preis »Bernhard« dann in der Kleinen Galerie Eberswalde feierlich übergeben.

Insekten als Kunstwerke:

Gepanzerte Schönheit

im NABU Naturerlebniszentrum Blumberger Mühle

Aufnahmen mit dem Rasterelektronenmikroskop (REM) des Senckenberg Deutschen Entomologischen Institutes (SDEI) Münchenberg und des Senckenberg Museums für Naturkunde (SMNG) Görlitz – präsentiert durch das BIORAMA-Projekt in Joachimsthal – können noch bis zum 2. Mai 2018 im NABU Naturerlebniszentrum Blumberger Mühle, 16278 Angermünde besichtigt werden.

Anknüpfend an den bisherigen Erfolg der Ausstellung, die durch das BIORAMA-PROJEKT WEIBE VILLA im Frühjahr 2016 erstmals präsentiert wurde, freuen wir uns, daß die Ausstellung »Gepanzerte Schönheit« im NABU Naturerlebniszentrum Blumberger Mühle erneut ausgestellt wird. Ob räuberisch oder harmlos, die Gestalt von Insekten spiegelt die Anforderungen an ihren Lebensraum wider. Die REM-Aufnahmen in dieser Ausstellung zeigen überwiegend nordeuropäische Insekten. Die Fotos bilden faszinierende Details ab und machen überraschend fremdartige Körperstrukturen



von Insekten sichtbar, die meist mit bloßem Auge nicht erkennbar wären. Die Aufnahmen stammen von Wissenschaftlern des SDEI und des SMNG.

SARAH PHILLIPS

Öffnungszeiten: Januar – März: Montag bis Sonntag 10 – 16 Uhr; April – Mai: Montag bis Sonntag 9 – 18 Uhr. Für weitere Informationen: <https://blumberger-muehle.nabu.de>. Siehe auch: www.biorama-projekt.org

Start war vor zehn Jahren!

Kinder- und JugendUni vom 13. bis 17. März 2018

Vor 10 Jahren, im September 2008, startete die KinderUni Barnim Uckermark mit ihrem ersten Semester. Angefangen mit 3 Vorlesungen, in denen ca. 400 Kinder Gasthörerinnen und -hörer an der Hochschule waren, werden jetzt 7-9 Vorlesungen angeboten und es besuchen jeweils mehr als 1000 »Studenten« die Semester. Und, in diesem Jubiläumjahr wird auch die Gesamtzahl aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer von über 10.000 geknackt!

Hinzu kamen in den vergangenen Jahren noch die JugendUni und die beliebte Familienvorlesung. Auch das neue Themenangebot 2018 umfaßt neben Naturwissenschaften ebenso wieder kulturelle und gesellschaftswissenschaftliche Fragestellungen. Das aktuelle Programm ist den Schulen im Barnim und der Uckermark jetzt zugewandert. Am 30. Januar

war Anmeldeschluß. Die Teilnahmeanmeldungen sind überwältigend. Trotz zusätzlicher Vorlesungen können leider nicht alle Wünsche erfüllt werden. Die diesjährige Familienvorlesung am Sonnabend, 17. März, hat die spannende Frage zum Thema: »Was macht Einstein eigentlich im Fahrstuhl? – Alles ist relativ!«

Das Organisationsteam hat noch eine Bitte: Es würde sich sehr freuen, wenn sich von den nun schon jungen Erwachsenen, die an einer der ersten Vorlesungen im September 2008 teilgenommen haben, jemand melden würde. Die Vorlesungsthemen waren damals: »Regiert Geld die Welt?«, »Braucht der Wald den Förster?« oder »Wo endet das Weltall?«. Meldet euch bitte unter: kinderuni@buengerstiftung-barnim-uckermark.de.

ANGELIKA RÖDER

»FreiRäume« für Jugendliche auf dem Dorf

Das Land Brandenburg hat ein Förderprogramm für Jugend-Freizeiteinrichtungen gestartet. Kommunen können bis zu 5.000 Euro aus Lottomitteln erhalten, um etwa Bolzplätze, Skaterbahnen oder Basketballanlagen zu gestalten. Der Name »FreiRäume 2018« ist dabei Programm: Die Förderung soll jungen Menschen helfen, sich zu treffen und die Freizeit sinnvoll und selbstgestaltet miteinander zu verbringen.

Bewerben können sich amtsfreie Gemeinden und Ämter mit weniger als 15.000 Einwohnern bis zum 30. September 2018. Insgesamt stehen

für die Ausstattung von Jugendeinrichtungen 500.000 Euro zur Verfügung. Die Kommunen müssen mindestens 5.000 Euro für das jeweilige Vorhaben beisteuern. Das Jugendministerium in Potsdam möchte bei der Planung auch die Jugendlichen einbeziehen, zum Beispiel über Clubräte, und Selbsthilfeprojekte unterstützen.

STEFFI SCHNEEMILCH

<https://mbjs.brandenburg.de/kinder-und-jugend/weitere-themen/freiraeume-2018-foerderprogramm-fuer-jugendfreizeiteinrichtungen.html>

Wandertips

von BERND MÜLLER

Teufelssee, Ahrendskehle, Höhenweg

Sonnabend, 17. Februar, Rundwanderung

Eine besonders romantische Wanderung erwartet die Teilnehmer. Schon Prinzessin Elisa Radziwill, Jugendliebe des späteren ersten deutschen Kaisers, Wilhelm I., schwärmte von der Schönheit des Tales: »Hammerthal – ganz unaussprechlich schön. Ein enges Tal von tausend Quellen durchströmt und dicht von Laub und Holz bewachsen«. Geführt wird vorbei am Teufelssee durch die Ahrendskehle zum Fontane-Höhenweg. Kurz vor Dannenberg wird links auf diesem abgebogen und ein wunderschöner Höhenweg empfängt die Wanderer. In der Nachmittagssonne erreichen wir das Kap Arkona von Bad Freienwalde. Ein herrlicher Blick darf hier genossen werden. Kaffee und Kuchen an der Plantikow Hütte ist geplant. Am Ende wird wieder der Teufelssee erreicht, wo Friedrich Billung seine Tochter versehentlich erschoss (Sage). Geprüfter Wanderleiter: Volker Nagel

Treff: 13.30 Uhr ehemalige Jugendherberge Teufelssee, Hammerthal 3, 16259 Bad Freienwalde

Über die Freienwalder Karpaten

Sonntag, 25. Februar, Die 6 km Wanderung mit Klaus Schluchter führt über die Karpaten von Bad Freienwalde.

Dabei werden einige nicht so bekannte Orte aufgesucht. Kaffee und Kuchenrast wird am Haus der Naturpflege zur Kaffezeit eingelegt. Treff: 13:30 Uhr Touristinformation (gegenüber Kirche), Uchtenhagenstraße 3, 16259 Bad Freienwalde.

Im grünen Tann am düstern Grund

11. März 2018, Sonntag, 7 km Wanderung

Klaus Schluchter führt uns durch düstere Gründe und dunkle Wälder. Das Landschaftsschutzgebiet Freienwalder Waldkomplex ist ein romantisches Wandergebiet mit wechselndem Waldbestand und lädt förmlich zum Wandern ein. Kaffeerast in der Köhlerei ist eingeplant.

Treff: 13.30 Uhr Alte Köhlerei, Sonnenburger Straße 3c, 16259 Bad Freienwalde

Anmeldung unter 03344/3002881 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben, werden folgende Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 3 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Eberswalder Frühjahrsputz

Eberswalde (bbp). Auch in diesem Jahr findet wieder der traditionelle Frühjahrsputz in Eberswalde statt. Diesmal am Sonnabend, den 24. März, mit einem Schwerpunkt im Brandenburgischen Viertel.

www.maxe-eberswalde.de

www.barnimer-buergerpost.de

Politischer Aschermittwoch der LINKEN in Bernau:

Wir sind Weltkultur

»Wir sind Weltkultur!« – unter diesem Motto laufen die Vorbereitungen auf den diesjährigen Politischen Aschermittwoch bei den Bernauer Linken auf Hochtouren.

Ist der Weltkulturerbestatus des Baudenkmal-Bundesschule wirklich in Bernau angekommen, fragen sich die Satiriker? Prominente wie SAHRA WAGENKNECHT, Bundeskanzlerin MERKEL und KARL MARX werden im Bernauer Ofenhaus ihren Auftritt haben. Mit scharfem Witz wird das Kabarett-Team der Linken lokale- und bundespolitische Themen auf's Korn nehmen. Ihrer eigenen Parteispitze verordnen

die Linken eine Paar-Therapie auf der Couch. Auch JAN VAN AKEN, Experte für die Aufklärung von Waffenexporten und außenpolitischer Sprecher der linken Bundestagsfraktion von 2009 bis 2017, wird in der Rede zum Politischen Aschermittwoch die Bundes- und Weltpolitik satirisch-kritisch beleuchten.

Die Veranstaltung findet am Freitag, dem 16. Februar, im Ofenhaus Bernau, Weinbergstraße 4, statt. Der Eintritt ist frei. Einlaß ist ab 18.15 Uhr. Beginn um 19 Uhr. Reservierungen sind nicht möglich.

Dr. DAGMAR ENKELMANN

»Gotische Knoten«

Wilhelm Bartsch und Schortie Scheumann im Lyrikhaus Joachimsthal

Am Sonntag, den 18. Februar, gibt es ab 15 Uhr »Gotische Knoten«. Wilhelm Bartsch löst die nicht, sondern liest sie nur – nämlich neue, diesmal politisch sehr unkorrekte Gedichte. Er wird dabei gestört, nein eher gestärkt, durch Schortie Scheumann an seiner Trompete. Es gibt Kaffee und Kuchen. Der Eintritt beträgt 10 Euro.

GISBERT AMM

(Lyrikhaus, Glockenstraße 23, 16247 Joachimsthal)

Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Die ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Freitag eine Vielzahl von Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur.

»Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

Kostenfreie Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Rentenempfänger haben die Möglichkeit, einmal im Monat Fragen und Probleme zu ihren Rentenbescheiden durch Mitarbeiter der Brandenburgischen Rentnerinitiative klären zu lassen. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Die Sprechstunden finden jeden zweiten Mittwoch im Monat, im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde statt.

Die nächsten Termine: 14. Februar und 11. April, jeweils 10 bis 12 Uhr. Im März 2018 findet keine Rentensprechstunde statt.

ANDREA HOEHNE

Die Groko-Geburt

Ich mache mir so meine Gedanken, denn zu der Zeit meiner Geburt (1924) wußte niemand, was da die Welt erblickt: Ob Junge oder Mädchen, eine Totgeburt oder etwas Verstümmeltes... Die Spannung war sehr groß und alle waren glücklich, wenn es hieß: Mutter und Kind gesund!

Nun liegt die Groko schon monatelang in »Scheinwehen«. Und was da heraus kommt, macht vielen Menschen Angst!

Ehe ein Baby zur Welt kommt, wird für die Ausstattung gespart und für Kinderwagen, Bettchen, Schnuller usw. Die Verwandten helfen gerne. Was die Groko-Geburt hervorbringt, dafür muß der Steuerzahler schon zeitig blechen. Denn Panzer sind teurer als Kinderwagen und ein Sturmgewehr teurer als Kinderspielzeug. Die Kosten für die Ausstattung der Soldaten (auch wenn sie keine Pampers tragen), gehen weit über eine Baby-Ausstattung hinaus. Hinzu kommen die Auslandseinsätze. Und auch ein Zinksarg ist teurer als ein Kinderbettchen.

Wer soll das alles bezahlen? Etwa die Milliardäre, die in jedem Krieg reicher werden?

In den Wehen der Groko-Geburt wurden diese Fragen nicht besprochen, denn eine Fehlgeburt sollte vermieden werden.

Meine »Geburtstagswünsche« hebe ich mir auf für das nächste Flüchtlingskind.

ELISABETH MONSIG (die rote Oma)

Mulch total – Ein Weg in die Zukunft

Von KURT KRETSCHMANN und RUDOLF BEHM

256 Seiten mit 91 Farbabbildungen,

13 Diagrammen und 6 Tabellen

Format 14,8 x 21,0 cm. Softcover.

OLV – ORGANISCHER LANDBAU VERLAG KURT WALTER LAU

ISBN 978-3-922201-18-2

In allen Buchhandlungen erhältlich!

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 7. Februar 2018

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 7. März 2018.